



Beilage zur Wochenzeitung

**DasParlament**

2. September 2002

# Aus Politik und Zeitgeschichte

**3** Michael Wolffsohn *Essay*

---

**Endlos nach der „Endlösung“:  
Deutsche und Juden**

**9** Avi Primor

---

**Keine Lösung durch Gewalt**

**16** Abdallah Frangi

---

**Der Osloer Friedensprozess als ein Weg  
zum Frieden?**

**25** Moshe Zuckermann

---

**Eine Mauer wird errichtet**

**30** Suleiman Abu Dayyeh

---

**Das besetzte Palästina zwischen Macht  
und Gerechtigkeit**

Der Beitrag der Zivilgesellschaft in Palästina zur Lösung des  
Nahostkonflikts



Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Berliner Freiheit 7  
53111 Bonn.

**Redaktion:**

Dr. Klaus W. Wippermann  
(verantwortlich)  
Dr. Katharina Belwe  
Dr. Ludwig Watzal  
Hans G. Bauer

**Internet:**

[www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de)  
E-Mail: [apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

Die Vertriebsabteilung der  
Wochenzeitung **DasParlament**  
Maximineracht 11 c, 54295 Trier,  
Tel. 06 51/4 60 81 41,  
möglichst Fax 06 51/4 60 82 23,  
nimmt entgegen:

● Nachforderungen der Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**

● Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung **DasParlament**  
einschließlich Beilage zum Preis  
von Euro 9,57 vierteljährlich,  
Jahresvorzugspreis Euro 34,90  
einschließlich Mehrwertsteuer;  
Kündigung drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes;

● Bestellungen von Sammel-  
mappen für die Beilage  
zum Preis von Euro 3,58  
zuzüglich Verpackungskosten,  
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen  
in der Beilage

**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
stellen keine Meinungsäußerung  
des Herausgebers dar;  
sie dienen lediglich der  
Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke  
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

## Editorial

■ Der Nahe Osten ist von einer friedlichen Lösung weiter denn je entfernt. Im „Heiligen Land“ herrscht nicht Friede, sondern Gewalt. Der Friedensprozess ist endgültig gescheitert. Seit dem Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada am 29. September 2000 bestimmen Gewalt und Gegengewalt das Leben sowohl der Israelis als auch der Palästinenser. Die Anschläge des 11. September 2001 in den USA haben sich auch auf den Nahostkonflikt verheerend ausgewirkt. Seitdem führen nicht nur die USA einen weltweiten „Krieg gegen den Terror“, auch die israelische Regierung unter Ministerpräsident Ariel Sharon betrachtet den Konflikt in den Kategorien des „Terrorismus“. Sharons Osama bin Laden ist Yassir Arafat – eine Sichtweise, die irreführender nicht sein könnte: Der Nahostkonflikt ist seit seiner Entstehung ein Konflikt um Land und um politische Selbstbestimmung.

■ Die deutsche politische Elite tut sich mit einer Kommentierung der israelischen Politik aus historischen Gründen immer noch schwer. *Michael Wolffsohn* erklärt in seinem Essay, warum dies bis heute so ist. Der Autor vertritt die These, dass nicht nur Deutsche, sondern auch andere Europäer und selbst Juden bzw. Israelis in die Falle der Geschichte, nämlich die einer ausschließlichen Holocaust-Fixierung, getappt seien. Dabei hätten Deutsche und Israelis aus ihren jeweiligen geschichtlichen Erfahrungen völlig unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen. Diese Unterschiedlichkeit, ja Gegensätzlichkeit werde vor allem in folgenden Politikbereichen sichtbar: Gewalt als Mittel der Politik, Nation/Nationalstaat, Religion und Land.

■ Unterschiedliche Konsequenzen haben auch Israelis und Palästinenser aus dem Friedensprozess gezogen. Nach *Avi Primor* können die Israelis nicht verstehen, warum die Palästinenser auf das „großzügige Angebot“ des ehemaligen Ministerpräsidenten Ehud Barak in Camp David mit Gewalt reagiert haben. Die zahlreichen Anschläge

in Israel würden den Eindruck entstehen lassen, dass es den Palästinensern primär nicht um einen eigenen Staat gehe, sondern um die Vernichtung Israels. Eine Änderung der israelischen Politik könne letztlich aber nicht von außen, sondern nur durch die israelische Bevölkerung herbeigeführt werden, was aber Vertrauen in den Verhandlungspartner erfordere.

■ Die palästinensische Seite sieht die Gründe für das Scheitern des Friedensprozesses in der Fortsetzung des Siedlungsausbaus und in der Nichtanerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser. Die palästinensische Führung sei immer wieder von Israel getäuscht worden, so *Abdallah Frangi*. In der Hoffnungslosigkeit und der Enttäuschung sieht der Autor mit die wichtigsten Ursachen für die Eskalation der Gewalt. Der Friedensprozess habe nicht zu einem Ende der Besatzung geführt, auch sei das „großzügige Angebot“ Baraks eine Legende.

■ Israel betrachtet den Bau einer Mauer als einen Ausweg, um die Sicherheit seiner Bevölkerung garantieren zu können. Für *Moshe Zuckermann* mutet dieses Unterfangen jedoch unrealistisch an. Es vermittele den Israelis allenfalls die Illusion, die Palästinenser losgeworden zu sein. Der Autor beschreibt die Seelen- und Motivlage der israelischen Bevölkerung. Obwohl das Angebot Baraks in Camp David das „großzügigste“ eines israelischen Regierungschefs gewesen sei, sei es für die Palästinenser noch nicht großzügig genug gewesen, um den Konflikt beizulegen.

■ Die Konsequenzen des Scheiterns des Friedensprozesses für den Alltag der Palästinenser und mögliche Friedensinitiativen der palästinensischen Zivilgesellschaft beschreibt *Suleiman Abu Dayyeh*. Der Autor stellt die Auswirkungen der Besatzungspraktiken der israelischen Armee für das Leben der Menschen in den besetzten Gebieten dar und macht diese Zustände als eine der Ursachen für die Selbstmordattentate junger Palästinenser verantwortlich.

Klaus W. Wippermann ■

## Endlos nach der „Endlösung“: Deutsche und Juden

Deutschland und die jüdische Welt haben die nach ihrer Ansicht jeweils richtigen „Lehren aus der Geschichte“ gezogen. Gerade deshalb kommen sie nicht zueinander. Sie entwickeln sich voneinander weg und geraten zunehmend gegeneinander. Die Kontroverse Möller gegen Friedman verdeckte durch Personalisierung mehr, als sie aufdeckte – und man entdeckte (sofern man wirklich hinschaute) Grundsätzliches im jeweiligen gesellschaftlichen (nicht persönlichen) Bereich.

Seit mehr als 50 Jahren argumentieren Deutsche und Juden auf der kollektiven (nicht unbedingt individuellen) Ebene aneinander vorbei; sie reden viel von „Verständnis“ und verstehen einander immer weniger – gerade weil sie so viel reden und dabei nur die eigene, doch nicht die andere Seite sehen oder gar verstehen. Schlagworte wie „Antisemitismus der Deutschen und Europäer“, „Faschismus der Israelis“ oder gut gemeinte, doch falsche Fragen – etwa nach der Berechtigung deutscher Kritik an israelischer Politik – vermehren die Verständnislosigkeit und dadurch die nahöstliche Politikunfähigkeit von Deutschen (und Europäern).

Deutsche, auch andere Europäer, und Juden (hier bewusst als Gegensatz gedacht und formuliert) sind jeweils in die Falle der Geschichte, genauer: eines Übermaßes der Erinnerung an Geschichte, an die nationalsozialistische Zeitgeschichte, an den Holocaust, getappt. Das ist meine These, die ich im Folgenden begründen möchte.<sup>1</sup>

---

### Deutschland und der Jüdische Staat

---

Ungetrübt schien das deutsch-israelische Verhältnis nur auf der offiziellen Parteien- und Regierungsebene. Gleichwohl gab es auch hier Spannungen, vor allem in den Jahren 1969 bis 1982 zur Zeit der sozialliberalen Koalition. Damals prallten das erneuerte (West-)Deutschland<sup>2</sup> und Israel geschichtspolitisch heftiger denn je aufeinander. In

1 Vgl. diverse Fallstudien in: Michael Wolffsohn/Thomas Brechenmacher (Hrsg.), *Geschichte als Falle. Deutschland und die jüdische Welt*, Neuried bei München 2001.

2 Die DDR hatte sich stets grundsätzlich gegen Israel gestellt. Vgl. Michael Wolffsohn, *Die Deutschland-Akte. Deutsche und Juden in Ost und West*, München 1995. Zur Bun-

der SPD sorgten die Jusos auch hier für Aufregungen, und Teile der linksliberalen FDP unter Scheel und Genscher gingen zu Israel ebenso auf Distanz wie zuvor die nationalliberale FDP der fünfziger und frühen sechziger Jahre. Auch mit der Union gab es Differenzen, doch nie so grundsätzlich, weil diese den libertären Wertewandel weniger als andere Parteien verinnerlicht hatte. Ganz anders wiederum die Grünen – sozusagen die Partei der Neuen Werte –, die erst dann eine Art Israel-Metamorphose einleitete, als ihre Regierungsbeteiligung möglich schien und wirklich wurde. Auf den Bänken der Opposition dürften sie wohl eher ihre frühere Israel-Skepsis wieder finden.

Wie ist heute das Verhältnis der deutschen und israelischen Öffentlichkeit zueinander? Die historisch-psychologische „Chemie“ zwischen beiden Bevölkerungen stimmt nicht. „Israel? Nein Danke!“ Das ist, trotz aller amtlichen Grußbotschaften zu allen denkbaren und undenkbbaren Anlässen offenbar die Einstellung der meisten Bundesbürger. Wer es nicht glaubt, prüfe die Umfragen.<sup>3</sup> Sie zeigen seit 1981 ständig, wenn auch mit Schwankungen, dass Israel zu den in Deutschland unbeliebtesten Staaten zählt und die Israelis die ungeliebten Juden sind. Dass ich 1998 mein neuestes Israelbuch „Die ungeliebten Juden“ nannte, ist deshalb keine Provokation, sondern vor diesem Hintergrund eine sachliche Feststellung.

Die skeptische Haltung vieler Deutscher gegenüber Israel hat ihrerseits einige Gründe. So hatte im Mai 1981 Israels Ministerpräsident Menachem Begin Bundeskanzler Helmut Schmidt sowie „die Deutschen“ insgesamt für den Holocaust verantwortlich gemacht. Begins Wiederentdeckung der These deutscher Kollektivschuld war nicht unbedingt als Liebeserklärung gedacht, was die bundesdeutsche Öffentlichkeit registrierte und mit Liebesentzug honorierte. Diese innere Entfernung der deutschen Öffentlichkeit zu Israel blieb, von wenigen zyklischen Schwankungen abgesehen, dauerhaft.

Beweist diese Israel-Distanz der Deutschen aber „Antisemitismus“? Mitnichten. Denn ebenso deutlich dokumentieren die Befragungen der Bundes-

desrepublik vgl. ders., *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*, München 1988.

3 Vgl. Michael Wolffsohn/Douglas Bokovoy, *Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft*, Opladen 2002.

bürger, dass der Antisemitismus in Deutschland niedriger ist als in den meisten westlichen Staaten,<sup>4</sup> von den osteuropäischen ganz zu schweigen. Israel-Distanz oder Israel-Kritik ist also keineswegs automatisch „Antisemitismus“, zumal viele Deutsche Judenliebe geradezu hingebungsvoll zelebrieren. Für diese Landsleute gilt offenbar der Satz: Ohne Juden wissen viele „gute“ Deutsche nicht, was sie denken dürfen sollen. Sie haben eben die „Lehren aus der Geschichte gezogen“.

Weshalb stimmt trotzdem die politische Chemie zwischen Deutschen und Israelis nicht? Meine kurze, aber ausführlicher zu begründende Antwort: wegen und nicht trotz der „Lehren aus der Geschichte“. Deutsche und Israelis haben aus derselben Geschichte, dem Holocaust, ganz und gar unterschiedliche „Lehren“ gezogen. Jede ist für sich richtig, aber für den anderen nicht nachvollziehbar. Vier Beispiele sollen diese geschichtlich bedingte Entfremdung zwischen Deutschen und Israelis verdeutlichen:

*Das erste Beispiel: Die Mehrheit der Israelis hat zu Nation und Nationalstaat ein völlig ungebrochenes Verhältnis. Nationalismus ist in Israel eine Selbstverständlichkeit; in Deutschland vielen – nein, den meisten – eine Unerträglichkeit.*

Gerade weil die jüdische Nation seit der Zerstörung des Zweiten Tempels im Jahre 70 unserer Zeitrechnung keinen Staat mehr hatte, war sie zweitausend Jahre nahezu vogelfrei, wurde sie zerstreut, verfolgt, verfemt und vernichtet; besonders zwischen 1933 und 1945, in der Epoche des Holocaust. Dass die meisten Israelis nun diese „Lehre aus der Geschichte“ gezogen haben, kann und darf nicht überraschen. So wenig wie die Tatsache, dass die meisten Deutschen heute schon beim Begriff „Nation“ eine historische Gänsehaut bekommen. Sie erinnern sich genau, wie schnell und heftig aus der Überbetonung der deutschen Nation die deutsche Aggression wurde, die unter Hitler schließlich zur „Deutschen Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) führte, die freilich nicht nur auf Deutschland und Deutsche begrenzt blieb.

Beim Nachdenken über die Geschichte ihrer jeweiligen Nation haben Israelis und Deutsche die für sie richtigen Schlüsse gezogen. Hier zueinander finden können sie nicht – wegen der Geschichte. Beide haben ihre jeweilige Vergangenheit bewältigt, wobei diese unterschiedliche Bewältigung mit ihren gegensätzlichen Schlussfolgerungen sie heute fast ebenso trennt wie das schreckliche Gestern.

4 Vgl. M. Wolffsohn, Deutschland-Akte (Anm. 2), S. 105 ff.

*Das zweite Beispiel: Religion ist in Israel mit der Politik äußerst eng verflochten. In Deutschland gehört dagegen die Trennung von Kirche und Staat zu den selbstverständlichen Grundsätzen eines modernen Gemeinwesens.*

Selbst in der bundesdeutschen Frühzeit war die Bindung und Verbindung zwischen Religion (sprich: Katholizismus) und Politik (sprich: CDU/CSU) nie so fest wie in Israel. Mehr noch: In Israel wurde der religiös-politische Komplex immer mächtiger. So mächtig, dass der ehemalige Oberbürgermeister von Tel Aviv, Roni Milo, im Mai 1998 davor warnte, Israel drohe das jüdische Gegenstück zum islamistischen Iran und Tel Aviv das jüdische Pendant zu Teheran zu werden.

Die Macht des religiös-politischen Komplexes hängt in Israel nicht zuletzt damit zusammen, dass sich dieses Gemeinwesen als „jüdischer Staat“ versteht. Und das bedeutet: Ohne jüdische Religion gibt es weder ein Judentum noch einen jüdischen Staat. Das wiederum erklärt die strukturelle Schwächung des laizistischen Lagers in Israel, dessen 1999 vom Volk direkt gewählter Ministerpräsident Barak schon ein Jahr später an eben dieser Macht scheiterte.

Solange bzw. weil sich Israel als „jüdischer Staat“ versteht, wird die Abgrenzung gegenüber Nichtjuden betont; auch gegenüber den Nichtjuden im eigenen Staat, also den Palästinensern, die zwar offiziell gleichberechtigt, doch normativ und faktisch Bürger zweiter Klasse sind. Dass Israel der Staat von Juden, für Juden und durch Juden sein soll, mag im Ausland gefallen oder nicht. Verstehen kann man es nur historisch.

Außen- und regionalpolitisch ist die betonte Abgrenzung zu den Nichtjuden ebenfalls folgenreich: Sie stärkt tendenziell wie strukturell die israelischen „Hardliner“, die „Falken“, im Konflikt mit den Palästinensern im Besonderen und den Arabern im Allgemeinen.

Im außenpolitisch eher taubenhaft-sanften Deutschland sind gerade diese israelischen „Falken“ höchst unbeliebt. Dass „Falken“, ob jüdisch-israelisch oder nicht, in Deutschland eher unpopulär sind, ist ebenfalls historisch zu erklären. Wer wollte „die Deutschen“ anklagen, dass sie inzwischen eher taubenhaft-sanft sind? Kaum jemand – eben wegen der Geschichte. Wer will es umgekehrt den jüdischen Israelis vorwerfen, dass sie nach zweitausend Jahren nichtfriedlicher Koexistenz bzw. Konfrontation mit nichtjüdischen Nachbarn nur unter Juden bleiben wollen? So gesehen haben die israelisch-jüdischen „Falken“ die richtigen Lehren aus der Geschichte gezogen.

Sind diese historisch jeweils richtigen Lehren aber auch die politisch richtigen? Zweifel sind erlaubt, denn diese richtigen Lehren aus der unfriedlichen Vergangenheit verbauen möglicherweise die Zukunft für ein friedliches Nebeneinander von Juden und Nichtjuden in der Nahostregion. Und eine solche friedliche Nachbarschaft erhoffen sich die meisten Deutschen, die – wegen ihrer eigenen Geschichte – so glücklich über die Sicherung des Friedens in ihrer europäischen Region sind.

*Das dritte Beispiel: Die Bindung der Israelis zum „Land Israel“, zum Boden ihres Nationalstaates, ist tief verwurzelt. Sie war – zunächst – defensiv und ebenfalls eine Reaktion auf die 2000-jährige Trennung von Volk und Land.*

In Deutschland denken aufgeklärte Menschen bei der engen Verbindung von Volk und Land vor allem an die „Blut-und-Boden“-Ideologie der Nationalsozialisten. Deutschland ausschließlich als „der Deutschen Land“ – das klingt in deutschen Ohren heute eher wie ein historischer Anachronismus. „Eretz Israel“ – das Land Israel sowie das Land Israel dem Volk Israel – das ist in Israel, auch unter politischen „Tauben“, hingegen eine Selbstverständlichkeit.

Ist Geschichte, ist Erinnerung also auch hier eine politische Falle? Darüber kann man streiten. Nicht aber darüber, dass die jeweiligen unterschiedlichen historischen Erfahrungen Deutsche und Israelis politisch mehr denn je trennen – wegen und nicht trotz der Erinnerung.

*Das vierte Beispiel: Deutsche und Israelis haben völlig entgegengesetzte Einstellungen zu politischer Gewalt und zum Krieg als Mittel der Politik.*

Die Deutschen, das „Volk der Täter“, haben der Gewalt und dem Krieg abgeschworen: „Nie wieder Täter!“ sagen sie – „wegen der Vergangenheit“. Ebenfalls „wegen der Vergangenheit“ halten „die Israelis“, das „Volk der Opfer“, Gewalt sowie Krieg durchaus für legitim. Sie sagen: „Nie wieder Opfer!“ – „wegen der Vergangenheit“.

In Israel schlägt man lieber einmal zu viel, zu früh und zu heftig zu als gar nicht – wegen der Geschichte. Als eine Falle der Geschichte hat es die Öffentlichkeit Israels bislang nicht betrachtet. Das ist ihr gutes Recht, und es ist historisch verständlich. Wurde dadurch aber Israels Politik unbeabsichtigt – doch geradezu unvermeidlich – nicht strukturell friedensunfähig? Erwies sich die nahezu ausschließliche Orientierung an der Geschichte nicht als Geschichtsfalle? Wer im palästinensisch-arabischen Mitbürger und Nachbarn, historisch verständlich, nicht nur den Gegner, sondern den möglichen Feind, gar Todfeind, einen „neuen Hitler“ sieht und in jedem Waffengang

oder Terrorakt, historisch ebenfalls verständlich, einen neuen „Holocaust“, der übersieht auch Friedenschancen; übersieht, dass die Geschichte nicht nur zeitlich, sondern auch inhaltlich weitergegangen und sie anders, trotz allem sogar insgesamt besser geworden ist.

Genau diese Frage der Friedensfähigkeit hatten sich Jitzchak Rabin und Schimon Peres gestellt. Sie erkannten, dass der fortwährende Bezug auf die Geschichte für Israel zu einer politischen Falle geworden war. Deshalb fanden sie den Mut zu einer neuen Politik. Ihr Ziel: der Ausbruch aus der Geschichtsfalle. Die neuen Antworten, die Rabin und Peres und ihre Politik auf die Fragen der jüdisch-israelischen Geschichte gaben, ähnelten erstmals ziemlich genau den Antworten, die das neue Deutschland der Bundesrepublik auf die Fragen der deutschen Geschichte gab und gibt.

Es war deshalb folgerichtig, dass gerade diese beiden Politiker auch zur Bundesrepublik Deutschland ein pragmatisches Verhältnis suchten und fanden – ohne jemals Geschichte, Zeitgeschichte und Erinnerung verdrängen zu wollen. Sie hoben aber die hermetische Ausschließlichkeit von Holocaust-Geschichte und -Erinnerung auf und ergänzten sie durch partnerschaftliche Politik zu Palästinensern, zu anderen Arabern, zu Deutschen und Nichtjuden überhaupt. Im Rahmen seiner visionären und die Geschichte entflechtenden (nicht verdrängenden!) Politik hatte Peres als Außenminister und Ministerpräsident in den Jahren 1995/96 sogar daran gedacht, den seinerzeit greifbaren Frieden mit Syrien auch durch die Stationierung deutscher Soldaten auf den Golanhöhen abzusichern. Mit Hilfe der US-Streitkräfte sowie der Bundeswehr sollte Israel aus der friedens- und geschichtspolitischen Falle befreit werden.

Um gute Kontakte zu Deutschland bemühte sich auch Ex-Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Doch anders als seine beiden Vorgänger Rabin und Peres haben sich Netanjahu und dann ebenfalls Scharon wie auch ihre Koalition und Wähler grundsätzlich weit mehr als Politiker und Anhänger der Arbeitspartei und der Linksliberalen im Netz der Geschichte verfangen. Das gilt für alle hier genannten Beispiele: für den Begriff der Nation, das Gewicht der Religion, die Verbindung von Volk und Land sowie die Anwendung von Gewalt in der Politik. Es gilt für die Wahrnehmung einer grundsätzlich feindlichen und zu einem „neuen Holocaust“ bereiten Umwelt, die Juden als Juden überall und immer verfolgt und in der Arafat Hitler und „die Palästinenser“ nunmehr „die Deutschen“ als „Todfeinde“ ablösten. Es überrascht nicht, dass während der Regierungszeit des nationalistisch-religiösen Lagers der Holo-



caust nicht nur bestimmte politische Einstellungen, sondern auch das Geschichtsbild der Israelis immer nachhaltiger prägte.<sup>5</sup>

Rabin, Peres und Barak repräsentierten – auch in ihrem einstweiligen Scheitern – hingegen ein Neues Israel; immerhin stellte es knapp fünfzig Prozent der Wähler. Dieses Neue Israel ist nicht von der Geschichte losgelöst, doch nicht an ihr allein fixiert. Das Israel des „Nationalistisch-Religiösen“ steckt hingegen in der Geschichtsfalle. Nur mit dem Neuen Israel kann es für das Neue Deutschland, die Bundesrepublik, langfristig gute Beziehungen geben. Das Israel Begins, Schamirs, Netanjahus und Scharons gefährdet sowohl die Möglichkeit nahöstlicher Friedenspolitik als auch eine entspannte Europa- und Deutschlandpolitik.

Jedoch: Das Neue Israel wurde vom alten Palästina an seiner Friedenspolitik gehindert. Barak hatte angeboten: Räumung von 97 Prozent der besetzten Gebiete, Räumung der meisten Siedlungen, ein Staat „Palästina“, faktische Teilung Jerusalems. Aus israelischer Sicht also eigentlich alles. Krieg, verniedlichend „Intifada“ genannt, bekam Israel. So jedenfalls sieht es die Mehrheit der Israelis. Wie auch immer: Was außer eigentlich allem hätte Israel noch geben können? Nichts mehr. Das ist der Kern der israelisch-palästinensischen Tragödie. Deutsche und Europäer, die Israel raten, Gebiete und Siedlungen zu räumen, einen Staat „Palästina“ und eine Teilung Jerusalems anzuerkennen, vergessen (absichtlich oder nicht), dass auch (gerade?) diese friedfertige Politik an der Wirklichkeit zerschellte.

Verzicht ohne Gegenleistung ist – anders als die deutschen „Lehren aus der Geschichte“ – kein universales Friedensmittel, zumal nicht im Nahen Osten. Für viele Israelis und Juden allgemein wäre dies „Appeasement“, erinnerte an „München 1938“. Deutsche und Israelis haben jeweils für sich diese Vergangenheit „bewältigt“. Gerade deshalb sind sie heute so weit voneinander entfernt.

---

## Deutschland und die jüdische Diaspora

---

Schauen wir auf Deutschlands Verhältnis zur *Diaspora*, den außerhalb Israels lebenden Juden. Die nichtreligiösen Diasporajuden (und das sind die meisten) führen ein jüdisches Dasein ohne jüdisches Sein, also eine eigentlich tragisch-absurde

5 Vgl. dazu die Daten in: Yair Oron, *Sehut jehudit-israelit*, (hebr.: Jüdisch-israelische-Identität), Tel Aviv 1993, bes. S. 71 ff. und 94 ff.

Existenz: Es sind Juden ohne Judentum. Sie möchten gerne Juden sein und sind deshalb Möchtegern-Juden. Inhaltlich ausfüllen können sie ihr Judentum nicht, weil sie als moderne Menschen nicht glauben können. Ohne glauben zu können, sind sie nicht religiös, und als areligiöse Möchtegern-Juden sind sie letztlich Juden ohne Judentum.

Traditionell stand das Judentum gewissermaßen auf zwei Beinen: der jüdischen Religion und der rund 4000-jährigen jüdischen Geschichte. Das religiöse Standbein haben die meisten Juden (wie Nichtjuden) amputiert. Höchstens zehn Prozent aller Diasporajuden sind heute „religiös“. In Israel sind es immerhin noch dreißig bis vierzig Prozent.<sup>6</sup> Im Jüdischen Staat tobt wegen der Religionspolitik eine Art Kulturkampf; doch er ändert nichts daran, dass auch die nichtreligiösen Israelis Bürger eines jüdisch geprägten und sie prägenden Staates sind. Ihre Identität bleibt, selbst in der antiorthodoxen Verneinung der Religiosität, jüdisch.

Was aber macht nichtreligiöse Diasporajuden zu Juden? Nichts. Die jüdische Geschichte, könnte man vielleicht entgegenen. Im Prinzip ja, doch auch in ihrem Verhältnis zur Geschichte sind Diasporajuden nicht anders als Nichtjuden: Die meisten kennen bestenfalls die jüngste Geschichte, die Zeitgeschichte. An ihr orientieren sie sich, hier sind sie „betroffen“. Dass in der jüdischen Zeitgeschichte der Holocaust sachlich und seelisch dominiert, ist eine natürliche Reaktion. Die Reflexion darüber ist selbstverständlich; sie ist auch notwendig. Die fast vollständige Exklusivität der Zeitgeschichte presst jedoch viertausend Jahre jüdischer Geschichte auf die zwölf schrecklichsten zusammen: auf die NS-Zeit von 1933 bis 1945. Auch bei dieser Verkürzung des Geschichtsbewusstseins gibt es eine Parallele zu Deutschland. Nach dem ersten, religiösen Standbein wurde somit also auch das zweite Standbein jüdischen Seins – das historische – amputiert.

Wieder ist ein Gegenargument denkbar: Das zweite Bein sei durch die Gründung und Geschichte des Jüdischen Staates, Israels also, wieder verstärkt worden. Die zeitgeschichtliche Holocaust-Orientierung, ja Holocaust-Fixierung werde durch den „Israelismus“ der Diasporajuden relativiert bzw. ergänzt. Das Argument stößt jedoch ins Leere, denn Israelismus außerhalb Israels ist eine Absurdität. Diasporajuden sind natürlich Bürger ihres jeweiligen Staates, nicht Israels. Das Interesse der Diasporajuden an Israel hat zudem z. T. dramatisch abgenommen. Eine Studie ergab

6 Vgl. M. Wolffsohn/D. Bokovoy (Anm. 3), S. 178 ff. und 343 ff.

Anfang der neunziger Jahre, dass nur 43 Prozent der britischen Juden sich Israel „sehr eng verbunden“ fühlen. In den USA sind es dagegen 67 Prozent.<sup>7</sup> Aufschlussreicher als Meinungen sind Handlungen: Messbar ist hier die größer gewordene Distanz zu Israel auch an den zurückgehenden Spenden, besonders der US-Juden. In den sechziger Jahren überwiesen sie noch siebzig Prozent aller gesammelten Gelder nach Israel, sie behielten dreißig Prozent. Heute ist es genau umgekehrt. Und britische Juden überwiesen Mitte der neunziger Jahre nur noch zwölf Prozent ihrer Sammelgelder nach Israel.

Wieder ein Gegenargument: Diasporajüdische Einrichtungen sind bekanntlich seit Jahren – erst recht seit dem 11. September 2001 – Zielscheibe des arabisch-islamistischen Terrorismus und damit ein Nebenschauplatz des Nahostkonfliktes. Diasporajuden und Israel seien daher aufgrund ihrer gemeinsamen Gefährdung ineinander verzahnt. Diese Tatsache, die Angst aller Juden, möglicherweise überall wieder – weil als Juden – getroffen und getötet zu werden, erklärt jüdische Empfindlichkeiten, auch gegenüber politisch missverständlichen Äußerungen im Ausland. Wieder prägt allein die jüdische Situation das jüdische Sein der Diasporajuden – und wieder ist es eine negative Fremdbestimmung: durch die Feinde oder Gegner Israels. Wer kann wie und warum von „den“ Juden angesichts einer solchen spannungsreichen Situation noch Ausgewogenheit und Distanz erwarten?

Israelismus, die Israelorientierung der Diasporajuden, hat aus denselben nahostpolitischen Gründen zugleich aber auch abgenommen: Die innerisraelische Polarisierung über die Palästinenserpolitik spaltet seit 1967 (Eroberungen im Sechstagekrieg) und noch mehr seit 1977 (Amtsantritt Menachem Begins) auch die jüdische Diaspora. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu setzte seit 1996 jene Tradition Begins eifrigst fort. Baraks Politik spaltete 1999/2000 die Diaspora in umgekehrter Richtung. Auch das zunehmende demographische Gewicht der jüdischen Israelis orientalischer Herkunft entfernt und entfremdet europäisch-amerikanische Diasporajuden von Israel.

Die nichtreligiösen Diasporajuden haben keine eigenständigen jüdischen Inhalte mehr. Sie sind *negativ fremdbestimmt*. Die politischen Aktionismen des deutschjüdischen „Zentralrats“, des „Jüdischen Weltkongresses“, antideutsche Anzeigen des „American Jewish Committee“ in der „New York Times“ am 8. Mai 1998 oder auch Kla-

gen gegen die „Allianz“-Versicherung, die Deutsche oder Dresdner Bank und andere deutsche Unternehmen waren und sind kein Ersatz für fehlende Inhalte. Sie überdecken nur das Nichts, selbst da, wo sie inhaltlich gerechtfertigt sind. Das Entschädigungsproblem jener Firmen ist ohnehin inzwischen gelöst, es verschwindet von der Tagesordnung; das diasporajüdische Nichts bleibt.

Früher war Antisemitismus die *tödliche* Gefahr für uns Juden; heute scheint (allen Populisten und Nahost-bedingten Anschlägen zum Trotz) paradoxerweise Toleranz die *existenzielle*, nichtphysische Gefahr für das Judentum zu sein. Früher haben Antisemitismus und Verfolgung die Abkehr der Juden vom Judentum verhindert bzw. die Hinwendung zu ihm gefördert. Gewiss, der Antisemitismus ist nicht verschwunden, aber anders als einst ist es eine Minderheitsideologie in der nichtjüdischen Umwelt. Der historische Antisemitismus führte in Tod und Jenseits, die Toleranz ins jüdische Nichts im Diesseits. Zugespitzt formuliert: Was Hitlers „Endlösung“ nicht schaffte, vollbringt nun die Toleranz. Sie wirkt als sanfte „Endlösung“ der Judenfrage in der Diaspora.

Toleranz aber wollen wir, brauchen wir. Folglich benötigen wir eine neue Überlebensstrategie. Israel, die Religion oder das Nichts: Das ist die Kurzformel jüdischen Seins heute. In „Meine Juden – Eure Juden“, erschienen 1997, habe ich sie näher erläutert.<sup>8</sup> Es gehört zur tragischen Absurdität diasporajüdischer Existenz, dass offenbar allein nur noch der Holocaust für die nichtreligiösen Diasporajuden das jüdische Nichts ausfüllt und somit als einziger – negativer! – Stifter jüdischer Identität bleibt.

Diese Holocaust-Fixierung der nichtreligiösen, also der meisten Diasporajuden, hat weitreichende Folgen nicht nur für die eigene Identität, sondern auch für das Verhältnis zu Deutschland: Sie nehmen das neue Deutschland der Bundesrepublik und „die Deutschen“ eigentlich immer noch (zumindest potenziell) als das alte, nationalsozialistische und strukturell judenmörderische wahr. Das ist kein Antigermanismus oder Deutschenhass, sondern die verzweifelte und verständliche Suche nach eigener jüdischer Identität. Sie wird die Atmosphäre zwischen Deutschland und der jüdischen Diaspora, vornehmlich in den USA, vergiften. Als Wähler und besonders als Wahlkampfpfänder werden dort die amerikanischen Juden umworben. Deshalb sind sie, besonders bei den „Demokraten“, einflussreich. Folgenreich, das heißt negativ, wird das Verhältnis der amerikani-

7 Vgl. Barry Kosmin u. a., *The attachment of British Jews to Israel* (Institute for Jewish Policy Research), London 1997, S. 6.

8 Michael Wolffsohn, *Meine Juden – Eure Juden*, München – Zürich 1997, S. 108 ff.

schen Juden zu Deutschland daher auch für die deutsch-amerikanischen Beziehungen insgesamt sein; erst recht für die deutsch-israelischen.

Vor allem Amerikas nichtreligiöse Juden werden unter den geschilderten Voraussetzungen somit zunehmend zu einem Störfaktor der israelisch-deutschen Beziehungen. Ihre Suche nach jüdischer Identität über die ausschließliche Holocaust-Geschichtsfixierung treibt indirekt wie direkt einen Keil zwischen Israel und seinen zweitwichtigsten Partner, Deutschland. Auch der Jüdische Staat selbst könnte auf diese Weise das ungewollte Opfer diasporajüdischer Identitätssuche werden. Das wollen die US-Juden natürlich nicht, aber sie bewirken es. Die rein nahostpolitischen Konsequenzen liegen ebenfalls auf der Hand: Die Holocaustfixierung der US-Juden bestärkt geschichtsfesselte Israelis und erschwert den Friedensprozess.

„Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“, sagten die talmudischen Weisen. Sie meinten dabei natürlich die Erlösung der Täter und ihrer Nachfahren. Die Opfer und deren Nachkommen haben weniger Erinnerungs- als vielmehr Trauerarbeit zu leisten. Aber: „Jede Trauer hat ihr Maß“, sagten,

an die Hinterbliebenen gerichtet, die talmudischen Weisen: *„Und Rabbi Jehuda sagte, Raw habe gesagt: Jeder, der sich wegen seines Toten über die Maßen mit Schmerz belastet, der weint noch über einen anderen Toten. Eine Frau in der Nachbarschaft Raw Hunas hatte sieben Söhne. Einer von ihnen starb, und sie beweinte ihn übermäßig. Da schickte Raw Huna zu ihr: So sollst du nicht tun! Aber sie beachtete ihn nicht. Da schickte er zu ihr: Wenn du gehorchst, ist's gut, wenn aber nicht, so bereite die Totenausstattung für einen anderen (Sohn)! Da starb er. So starben sie alle. Zuletzt sagte er zu ihr: Stümperst du schon an deiner eigenen Totenausstattung herum? Da starb sie.“*<sup>9</sup>

Erinnerung als alleinige Geschichtsfixierung kann eine politische Falle sein. Wie kommen wir – Deutsche und Juden und Israelis – wieder ins Freie? Indem wir nicht einseitig bleiben und voneinander weder Zerr- noch Idealbilder, sondern Realbilder zeichnen und den Anderen in seinem historisch begründeten Anderssein nicht nur tolerieren („ertragen“), sondern akzeptieren – wie er oder sie ist.

<sup>9</sup> Der Babylonische Talmud. Ausgewählt, übersetzt und erklärt von Reinhold Mayer, München 1963<sup>4</sup>, S. 536.



## Keine Lösung durch Gewalt

---

### I.

---

Selbst in einer Diktatur übt die öffentliche Meinung einen gewissen Druck auf die Regierenden aus. In einer Demokratie aber ist die Regierung vollkommen von der Meinung der Bevölkerung abhängig, wobei sie natürlich mit allen Mitteln, gelegentlich auch mit fraglichen Mitteln, versucht, diese Meinung zu beeinflussen. Dennoch ist sie von der Bevölkerung abhängig und tut oft Dinge, die sie zwar nicht für richtig hält, die sie aber tut, um sich der öffentlichen Meinung zu beugen. Der Unterschied zwischen einem Staatsmann und einem Politiker liege darin, sagte David Ben-Gurion, dass der Staatsmann an die nächste Generation denkt, während der Politiker nur die nächste Wahl im Auge hat. Nun waren aber im Laufe der Geschichte – und sind auch heute – Staatsmänner nur sehr selten zu finden. Der Politiker in einer Demokratie, der an die nächsten Wahlen denkt, ist demgegenüber die häufig anzutreffende Erscheinung.

Heutzutage ist das beste und wichtigste Beispiel dafür US-Präsident Bush, der in seiner letzten Rede alles darangesetzt hat, die arabischen Alliierten der Vereinigten Staaten nicht zu verletzen, vor allem aber seine eigenen Wähler, und besonders den rechten Flügel der republikanischen Partei, nicht zu brüskieren. Der Präsident steht vor Teilparlamentswahlen im kommenden November. Sollte er bei diesen Wahlen für seine Partei nicht die Mehrheit im Parlament gewährleisten können, wird er nicht nur beim Regieren behindert werden, sondern auch als „gelähmter“ Präsident im Jahr 2004 die größten Schwierigkeiten haben, wieder gewählt zu werden. Das Ergebnis dieser Konstellation ist bekannt: Die höchst ungeduldig erwartete Rede des Präsidenten zur Situation im Nahen Osten hat die meisten Zuhörer der Welt verblüfft oder frustriert, denn eines war klar – der Präsident hat keinen Operationsplan für den Nahen Osten vorgestellt. Wie aber geht es seitens der Amerikaner nun weiter, fragen sich alle. Die Antwort lautet: Wenn es keine außerordentlichen Vorkommnisse gibt, wie z. B. einen Krieg im Irak oder neue Terroranschläge gegen die Vereinigten Staaten, dann wird bis November nichts geschehen. Wenn überhaupt, könnte sich dann im Laufe des nächs-

ten Jahres eine amerikanische Initiative abzeichnen. Aber auch diese würde nur von kurzfristiger Wirksamkeit sein, denn Ende 2003 beginnt für den Präsidenten bereits wieder ein Wahljahr. Also ist der Politiker Bush der typische Politiker, der an die nächsten Wahlen denkt und diesen alles unterordnet. Die israelische Regierung – oder sollte ich sagen, die meisten israelischen Regierungen – verhalten sich nicht anders. Ben-Gurion war eine Ausnahme. Auch kann nicht jede Regierung wie Peres, als er Regierungschef war, behaupten, die Regierung sei wie ein Busfahrer, der seine Hände am Lenkrad halten müsse, die Augen auf die Straße gerichtet, um den Bus ans Ziel zu bringen. Er könne sich nicht leisten, dauernd zurückzublicken und sich darüber Gedanken zu machen, ob seine Passagiere glücklich seien. Seine Pflicht sei es, sie ans Ziel zu bringen. Wie wir wissen, waren die Passagiere tatsächlich unzufrieden, und sie haben den seltenen israelischen Staatsmann Shimon Peres gestürzt. So ist also alles von der öffentlichen Meinung in Amerika und in Israel abhängig. Die amerikanische führte zur Blockade. Die israelische hat Peres – wie auch Netanjahu, aber auch Barak – gestürzt.

---

### II.

---

Was will also die israelische Öffentlichkeit? Grosso modo würde ich sie in drei Teile aufteilen: Es gibt diejenigen, die traditionell einen Frieden anstreben, für den sie bereit sind, Zugeständnisse hinzunehmen und sogar Opfer zu bringen, und all dies aus Überzeugung. Ich schätze diesen Anteil der Bevölkerung auf etwa 40 Prozent. Traditionell sind oder waren dies die Wähler der Arbeitspartei und der noch gemäßigeren Meretzpartei. Auf der anderen Seite der Skala stehen diejenigen, die unter keinen Umständen Kompromisse akzeptieren werden. Es geht hier um Menschen, die ideologisch sehr hoch motiviert sind; die davon überzeugt sind, dass es beim Ringen im Nahen Osten letztlich um unser Vaterland geht. Die Gebiete, die die Welt als besetzte oder palästinensische Gebiete betrachtet – also die umstrittenen Gebiete –, sind für diese Leute das biblische Kernland des jüdischen Volkes, das nicht nur aus historischen Gründen uns gehört, sondern die enge Ver-

bundenheit des Volkes mit diesen Gebieten ist eine göttliche Verheißung, auf die zu verzichten wir kein Recht haben. Für das Vaterland tötet man, für das Vaterland stirbt man – so hieß es auch in Europa in nicht allzu weit zurückliegenden Zeiten. Auf das Vaterland, das Gott uns vererbt hat, verzichtet man unter keinen Umständen. Ich schätze diesen Anteil der Bevölkerung, der für seine Überzeugungen bereit wäre, einen Bürgerkrieg zu entfesseln, auf etwa 20 Prozent. Die übrigen 40 Prozent sind also die entscheidenden. Stehen sie hinter den 40 Prozent der Gemäßigten dann schaffen sie für Zugeständnisse eine Masse von 80 Prozent, gegen die keiner Widerstand leisten kann. Das war der Fall, als wir in den späten siebziger Jahren mit Ägypten verhandelt hatten, wie es auch der Fall war, als wir 1994 den Frieden mit Jordanien geschlossen haben. Stehen diese 40 Prozent aber nicht hinter den Gemäßigten bzw. unterstützen sie die Extremisten, dann kommt der Friedensprozess nicht voran, dann kann er sogar auch scheitern. Das ist allerdings zumindest ab und zu der Fall im Laufe des Friedensprozesses mit den Palästinensern seit Unterzeichnung der Oslo-Verträge im Jahr 1993. Wer sind also diese übrigen 40 Prozent, und warum pendeln sie von einer Seite zur anderen? Das sind Menschen, die im Grunde genommen weder von der einen noch von der anderen politischen Überzeugung motiviert sind. Die meisten sind Likud-Wähler, die im Gegensatz zu den Likud-Politikern keine ausgeprägten ideologischen Motive haben. Was diese Leute wirklich bewegt, ist die Frage der Sicherheit. Frieden wollen sie haben, einen Frieden, der ihnen vor allem Ruhe und Sicherheit gewährleistet. Nachdem sie von dem ägyptischen Präsidenten Sadat und von dem jordanischen König Hussein überzeugt worden waren, dass diese Gesprächspartner uns nicht nur einen theoretischen Frieden anboten, sondern eine ganz sachliche und glaubwürdige Sicherheit, schwenkten sie damals auf die Seite der Gemäßigten.

Als im Jahr 1993 die Regierung Rabin-Peres vollkommen überraschend und ohne jegliche Vorbereitung der Bevölkerung verkündete, dass sie im Geheimen einen Vertrag mit den verhassten „ewigen Terroristen und Mördern“, der PLO-Führung, unterzeichnet habe, die sie auch als Vertreter der Palästinenser anerkannt hatte, war die Bevölkerung – der 40-prozentige, nicht motivierte Anteil eingeschlossen – erstaunlich ruhig geblieben. Dieser Teil der Bevölkerung wollte zunächst beobachten und abwarten: Bringt uns der Friedensprozess mit der PLO Sicherheit, dann unterstützen wir ihn – obwohl dies bedeuten würde, dass wir zum ersten Mal auf Hauptteile des historischen biblischen Kernlandes des jüdischen Volkes auf ewig

zu verzichten gezwungen sein würden. Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass – anders als mit Ägypten und Jordanien – der Friedensprozess mit den Palästinensern kein Ende des Terrors mit sich gebracht hat. Dies ist besonders klar geworden, als Shimon Peres 1995 nach der Ermordung Rabins wieder an die Spitze der Macht gekommen war. Dieser Bannerträger der „Tauben“ in der Arbeitspartei gewährte den Palästinensern die besten Chancen, die sie seitens einer israelischen Regierung jemals hatten. Erstaunlicherweise hatten wir ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt unter einer Welle blutigster Terroranschläge in den Großstädten Tel Aviv und Jerusalem zu leiden.

Die verunsicherte Bevölkerung, die im Grunde genommen den Friedensprozess unterstützt hat, stellte sich nun die Frage, ob wir den richtigen Friedensprozess vor uns hatten. Ein Friedensprozess ohne Sicherheit bedeutet für die Mehrheit der Israelis pure Heuchelei. Und so haben sie, besonders die „mittleren“ 40 Prozent, Netanjahu an die Macht gebracht, der – weil er wusste, dass die israelische Bevölkerung im Grunde genommen den Frieden anstrebt – ihr einen Frieden, aber einen Frieden mit Sicherheit versprach. Den ihm verhassten Oslo-Prozess fortzusetzen versprach er ebenfalls, aber ohne die Sicherheit zu vernachlässigen, wie es Peres, so sein Vorwurf, getan habe.

Nach dem Scheitern Netanjahus schwenkte die Bevölkerung wieder auf die Seite der Gemäßigten. Mit großer Mehrheit wurde der Spitzenkandidat der Arbeitspartei, Ehud Barak, gewählt, obwohl er ganz klar von der Notwendigkeit weitgehender Zugeständnisse sprach. Zunächst wollte Ehud Barak Frieden mit den Syrern schließen, da er davon ausging, dass die Schwierigkeiten mit Syrien weniger kompliziert seien als die mit den Palästinensern. Es würde genügen, dachte er, fast hundertprozentig auf die Golanhöhen zu verzichten, um den endgültigen Frieden mit Syrien zu erreichen. Und tatsächlich flog Präsident Clinton im April 2000 eigens nach Genf, um den damaligen syrischen Präsidenten Hafez el-Assad zu treffen, weil er Gründe hatte, davon auszugehen, dass Assad angesichts der sehr weitgehenden Zugeständnisse von Barak zu einem Friedensvertrag bereit sei. Das war nicht eine einfache Vermutung des amerikanischen Präsidenten, sondern gründete sich auf einer Botschaft, die er von dem syrischen Außenminister, der kurz zuvor nach Washington geflogen war, persönlich erhalten hatte. Der syrische Präsident hat dann in allerletzter Minute seine Meinung geändert. Im Nachhinein glauben die Kommentatoren, dass dem syrischen Präsidenten zu diesem Zeitpunkt klar geworden war, dass seine Tage gezählt seien, und dass er deshalb der

Machtübergabe an seinen Sohn den Vorzug gegeben hat. Wahrscheinlich dachte er, dass er die beiden schwierigen Vorhaben – sowohl einen Frieden mit Israel zu schließen als auch gleichzeitig seinen Sohn als zukünftigen Machthaber zu etablieren – nicht gleichzeitig durchsetzen könne. Auf das erste Vorhaben hat er also unter den gegebenen Umständen verzichtet.

---

### III.

---

Die Palästinenser, die sich wegen Baraks Bemühungen in Richtung der Syrer zunächst im Stich gelassen fühlten und frustriert waren, stellten nun fest, dass, sobald Barak mit Syrien in die Sackgasse geraten war und er deshalb auch ohne Verständigung mit den Syrern einseitig den Südlibanon evakuierte, er sich jetzt an sie wandte und mit aller Energie einen Friedensvertrag mit ihnen anstrebte. Für die israelische Bevölkerung wiederum waren die weitgehenden Zugeständnisse, die Barak den Syrern angeboten hatte, nicht einfach zu verdauen. Doch die Zugeständnisse, die er für die Palästinenser vorbereitet hatte, waren für einen Großteil der israelischen Bevölkerung noch schmerzhafter. Dennoch reagierte die Mehrheit der Israelis mit Gelassenheit und wollte die Fortsetzung von Baraks politischem Manöver beobachten, bevor sie dann darauf regieren würde.

Unumstritten ist, dass Barak in seinem Vorgehen überaus viele und grobe Fehler gemacht hat. Ein Buch, das heute in Israel besonders erfolgreich ist, beschreibt die Amtszeit Baraks unter dem Titel „Harakiri“. Mit einem solchen Titel muss man das Buch eigentlich gar nicht mehr lesen. Die Fehler Baraks haben sich gegen alle gerichtet: gegen seine eigene Partei, gegen seine Koalitionspartner, sogar gegen seine persönlichen Freunde und Mitarbeiter und – warum auch nicht – gegen den palästinensischen Kontrahenten. Dennoch muss man feststellen, dass Barak eine klare Strategie hatte, dass er äußerst mutig war und sehr viele Risiken eingehen wollte, einschließlich des Bruchs hiesiger Tabus, um den Palästinensern sehr weitgehende und unerwartete Zugeständnisse zu unterbreiten. Die Palästinenser hingegen konzentrierten sich hauptsächlich auf das, was in Baraks Angebot fehlte, und auf sein unerträgliches Verhalten.

Anders als allgemein angenommen, scheiterten die Verhandlungen zwischen Barak und Arafat in Camp David im Juli 2000 nicht endgültig. Es gab noch weitere Verhandlungen in dem ägyptischen

Ort Taba, und dies bis zum letzten Moment – bis zu den Wahlen im Februar 2001, die Barak verloren hat. Es gab nicht nur weitere Angebote und Zugeständnisse der israelischen Regierung. Es gab auch den Entwurf eines Friedensvertrags von Präsident Clinton, der weitgehender war als das, was Barak vorgeschlagen hatte. All dies haben die Palästinenser abgelehnt. Sie haben nicht nur die verschiedenen Angebote abgelehnt, sondern sie überdies mit Gewalt erwidert. Den Vorwand, den die Palästinenser gebrauchten, um die Israelis für die Intifada verantwortlich zu machen – der Besuch Sharons auf dem Tempelberg –, kann man nicht als wirklichen Grund für einen bereits zweijährigen blutigen Terrorkrieg benutzen. Im schlimmsten Fall war der Besuch auf dem Tempelberg ein Auslöser – und auch das kaum, da man hinterher noch monatelang in Taba verhandelt hat.

Wie gesagt, hat die israelische Seite viele Fehler gemacht. Dennoch versteht die israelische Bevölkerung nicht, wieso die weitgehendsten Angebote, die die Israelis den Palästinensern jemals gemacht haben, mit Krieg und Terror erwidert wurden. Man hätte höchstens verstehen können, dass die Palästinenser sich mit den israelischen und amerikanischen Angeboten nicht vollkommen zufrieden geben, dass sie sagen würden, sie wollten weiter verhandeln. Aber zu behaupten, dass sie nichts bekommen hätten, um dann mit Terror zu antworten, ist für die Israelis, selbst für die Gemäßigten, vollkommen unbegreiflich. Die meisten Israelis versuchen, sich diese bizarre Reaktion der Palästinenser zu erklären. Sie stellen fest, dass die Palästinenser zumeist nicht in den besetzten Gebieten Terror ausüben, nicht in den Siedlungen, sondern in den israelischen Städten, im Kernland Israels, gegen die Zivilbevölkerung. Die Schlussfolgerung lautet: Die Palästinenser streben nicht das Ende der Besetzung an, nicht einen Palästinenserstaat in den Gebieten, in denen sie leben, sondern wie in alten Zeiten die Vernichtung des Staates Israel. Und wenn das so ist, sagen die Israelis, bleibt uns nur eines übrig, und das ist, uns zu verteidigen. Erstaunlicherweise ist das nicht nur die Meinung der 20 Prozent Rechtsnationalisten, auch nicht nur des 40-prozentigen nichtideologischen Bevölkerungsanteils, der sich nur um die Sicherheit Sorgen macht, sondern heute ist das zum ersten Mal auch die Meinung der Mehrheit der 40 Prozent überzeugten Gemäßigten.

Wer sich die Meinungsumfragen zu diesem Thema in Israel anschaut, ist allerdings verwundert. Für den Ausländer sehen die Ergebnisse sehr widersprüchlich aus. Auf die Frage nach der Bereitschaft zu Zugeständnissen, zur Beendigung der Besetzung der palästinensischen Gebiete, zur Räu-

mung von Siedlungen und zur Anerkennung eines Palästinenserstaats bekommt man 70 Prozent positive Antworten. Aber die nächste Frage: Unterstützen Sie Sharon und, ganz ausdrücklich, seine Politik, erhält sogar mehr als 70 Prozent Zustimmung. Wie ist so etwas zu erklären? Die Israelis sagen: Wir hätten Zugeständnisse hingenommen, wir hätten einen Palästinenserstaat anerkannt, Siedlungen geräumt usw., wenn wir einen glaubwürdigen Gesprächspartner gehabt hätten, wie wir ihn zu Zeiten der Verhandlungen mit Ägypten oder mit Jordanien hatten. Das ist nicht der Fall. Arafat hat unsere Angebote abgelehnt und mit Terror erwidert. Gab es vor zwei Jahren noch Israelis, die glaubten, dass Arafat persönlich kein Interesse an Terror habe, dass er nur die Extremisten nicht unter Kontrolle habe und dass das sein großer Fehler sei, so glaubt heute die Mehrheit der Israelis, dass Arafat und seine Organisation selbst hinter dem Terror stehen.

Was soll der durchschnittliche israelische Politiker unter diesen Umständen tun? Die Extremisten sind zufrieden, schließen sich einer Koalition mit der Arbeitspartei an, weil sie wissen, dass sich keiner im Regierungslager heute leisten kann, den Palästinensern Zugeständnisse anzubieten und auf Teile der historischen biblischen Heimat zu verzichten. In der Regierung befinden sich solche, die aus ideologischen Gründen auf das Westjordanland und auf den Gazastreifen nicht verzichten wollen, und andere, die nur sagen, dass wir uns heute keine gemäßigte Politik leisten können. Wir können auf Teile der Gebiete nicht verzichten, weil wir keinen Gesprächspartner haben, weil die Bevölkerung unter den heutigen Umständen so etwas nicht zulassen würde.

Diejenigen, die die Führung der Arbeitspartei dazu drängen, die Koalition zu verlassen, bleiben wirkungslos, weil die Parteiführung davon ausgeht, dass die meisten Wähler in der Koalition bleiben wollen, denn sie meinen, dass es keine Alternative zur heutigen Verteidigungspolitik gibt und dass in diesem Verteidigungskrieg gegen den Terror ein Auszug aus der Koalition einer Desertion gleichkäme. Insofern also gibt es einen Konsens von etwa 75 Prozent der Bevölkerung, die die heutige Koalition und die heutige Politik entweder aus Überzeugung oder aus Not unterstützen. Rund zehn Prozent der Bevölkerung glauben sogar, dass die Politik nicht hart genug ist, und der Rest sind dennoch Gemäßigte. Sind alle Politiker, die an dieser sehr großen Koalition teilnehmen, insofern zufrieden? Alle bestimmt nicht; sie gehen aber davon aus, dass sie vorerst keine Alternative haben.

---

## IV.

---

Wohin soll das alles führen? Oft wird behauptet, die heutige israelische Regierung habe keinen Plan und keine Strategie. Zutreffend ist jedoch, dass die verschiedenen Gruppierungen und Personen innerhalb der Koalition ihre politischen Vorstellungen haben, wenn auch in einer widersprüchlichen Art und Weise. Da ist die Arbeitspartei, deren Plan einen Rückzug aus fast allen Gebieten, die Räumung eines Teiles der Siedlungen und die Anerkennung eines palästinensischen Staates beinhaltet. Wie gesagt, glauben aber die Arbeitsparteiminister in der Regierung, dass unter den heutigen Umständen dieser Plan vorübergehend auf Eis gelegt werden muss. Der Vorsitzende der Arbeitspartei, Verteidigungsminister Benjamin Ben-Eliezer, führt mit großem Aufwand und viel Werbung ein Projekt durch, dem die Zustimmung der meisten Israelis zuteil wird. Es geht um den Bau eines Zauns, der zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten eine Trennung erzwingt. Die Gemäßigten sehen darin einen Meilenstein auf dem Weg zur Beendigung einer israelischen Anwesenheit in den palästinensischen Gebieten – eine Trennung, die, wenn auch nicht sofort, zweifellos zur Errichtung eines Palästinenserstaates führen wird.

Aus diesem Grund müssten eigentlich die Rechten einen solchen Zaun ablehnen, wenn sie immer noch davon ausgehen, dass diese Gebiete, oder ein Teil davon, auf ewig israelisches Besitztum bleiben sollten. Dennoch akzeptieren auch Leute dieser Überzeugung den Zaun. Wie der Verteidigungsminister selbst sagt, ist der Zaun keine Markierung einer politischen Grenze. Schließlich bleiben die Siedlungen im Westjordanland und im Gazastreifen hinter dem Zaun, ohne dass eine einzige im Rahmen des Zaunprojekts geräumt werden wird, und die israelische Armee wird sie nach wie vor vor Ort verteidigen. Also handelt es sich nur um ein technisches Mittel, um den Terroristen ihr Handwerk zu erschweren; es sollte aber weder die politische noch die militärische Situation in irgendeiner Weise ändern.

Andere in der Regierung glauben, dass man einen politischen Prozess schrittweise fortsetzen sollte, beginnend mit einem Palästinenserstaat, der in einem ersten Schritt nur über 42 Prozent des Territoriums herrschen und eingeschränkte Befugnisse genießen soll. Andere, wie z. B. die Rechtsextremisten, denken an eine Vertreibung der Palästinenserbevölkerung aus dem Westjordanland und aus dem Gazastreifen, und andere wiederum denken an eine ehemals südafrikanische Lösung.



Damit wird nicht Apartheid gemeint, sondern eine „Homeland“-Lösung: Wir sollten das gesamte Westjordanland und den Gazastreifen behalten, und in den Großstädten und um sie herum soll eine Palästinenserbehörde herrschen, allerdings nicht die von Yasser Arafat. Diese Palästinenserstädte, von Israel umzingelt, würden dann „Palästinenserstaat“ heißen, so dass Israel den größten Teil der Gebiete annektieren kann, ohne jedoch deren Bevölkerung die israelische Staatsbürgerschaft zu gewähren. Diese Palästinenser würden Staatsbürger eines zerstückelten, von Israel kontrollierten Palästinenserstaats sein.

Vorerst kann sich jede Gruppierung innerhalb der Koalition eine Lösung vorstellen, wie es ihrer Überzeugung entspricht. Es gibt ja ohnehin keine Verhandlungen. Die Bevölkerung drängt keinen Politiker zu einem politischen Prozess, und das Ausland, obwohl da viel analysiert wird, schon gar nicht. Heute heißt es, man muss den Terror bekämpfen und alles andere soll nur warten. Beobachter behaupten einstimmig, dass man sich in Israel wenig für das Leiden der Palästinenser interessiert, wenig für eine politische Lösung, wenig für die Zukunft. Wenn man sich die israelischen Zeitungen anschaut, liest man vor allem persönliche Horrorgeschichten von Terroropfern und deren Familien. Die Nachrichten in Radio und Fernsehen beginnen ständig mit Meldungen über die nächsten Beerdigungen und über den Zustand der Verletzten. Die Journalisten, die über die Tragödie und das Leiden der Palästinenser berichten, werden beschimpft, wenn nicht gar als Verräter verleumdet. Selbst für diejenigen, die mahnen, dass es ohne politische Perspektive keine Lösung des Terrorproblems gebe, hat die Bevölkerung wenig Verständnis. Angesichts der fortwährenden Terroranschläge haben die Leute keine Akzeptanz für anderes als die Terrorbekämpfung. Sogar die zunehmende Verschlechterung der Wirtschaftslage wird nur dem Feind und dem Terror zugeschrieben. Unter solchen Umständen bleibt den Behörden wenig Wahl, auch nicht jenen Politikern, die es sich anders gewünscht hätten.

Sollte das Ausland sich einmischen? Ja, das wünscht Arafat sich seit geraumer Zeit. Den verschiedenen Äußerungen Arafats darf man entnehmen, dass er in den letzten zwei, drei Jahren zu zwei Schlussfolgerungen gelangt ist, aus denen er allerdings falsche Konsequenzen gezogen hat: Er hat sich die Lage im Kosovo wie auch die im Südlibanon zum Vorbild genommen. Im Kosovo hat sich die internationale Gemeinschaft eingesetzt, um eine Lösung zu erzwingen. In Südlibanon haben sich die israelischen Truppen unter dem Druck der Hisbollah einseitig zurückgezogen. Arafat dachte, dass er daraus sowohl für das Westjor-

danland als auch für den Gazastreifen Schlüsse ziehen könnte. Sollte er die Lage durch Terror eskalieren lassen, so würde sich die internationale Gemeinschaft wie im Kosovo für eine Beilegung des Konflikts einsetzen, oder Israel würde sich dann, wie im Südlibanon, einseitig aus den palästinensischen Gebieten zurückziehen. Beide Vorstellungen entsprechen aber keineswegs der Realität.

Israel hat niemals Anspruch auf libanesisches Territorium erhoben. Keine israelische Regierung konnte sich irgendeine Annexion eines Teils des Südlibanons vorstellen. Es gab auch keine Siedlungen auf libanesischem Boden. Libanon ist keine biblische Heimat des jüdischen Volkes. Im Libanon ging es nur um Sicherheit für die nordisraelischen Städte und Dörfer. Als die Regierung davon ausgehen konnte, dass die Räumung des Libanon keine Gefahr für den Norden Israels mehr bedeuten würde, hat man die Armee aus diesem Teil des Nachbarlandes abgezogen. Zwar hätte Barak einen Rückzug aus dem Südlibanon im Rahmen eines Vertrags mit Syrien bevorzugt, da er dies aber nicht erreichen konnte, blieben seine Überlegungen in Bezug auf den Südlibanon und auf den Norden Israels unverändert. Das Westjordanland hingegen wird nicht nur von einem Teil der Israelis aus historischen Gründen beansprucht, es leben dort nicht nur israelische Siedler, die man verteidigen muss, sondern die Israelis gehen auch davon aus, dass, sollten sie das Westjordanland und den Gazastreifen räumen, sie anders als nach dem Abzug aus dem Südlibanon keine Ruhe bekommen werden. Denn anders als die Libanesen, so fürchten die Israelis, beanspruchen die Palästinenser nicht nur ihr eigenes Gebiet, sondern den ganzen Staat Israel. Das bedeutet, dass nach Ansicht der meisten Israelis ein einseitiger Rückzug aus den palästinensischen Gebieten uns keine Ruhe bringen würde, sondern weitere Angriffe der palästinensischen Terroristen, gegen die wir dann weniger Mittel zur Verteidigung zur Verfügung haben würden als jetzt.

Eine internationale Einmischung? Ein deutscher Besucher erzählte mir vor einem Jahr, dass Arafat, als er von diesem empfangen wurde, von einer Kosovolösung für den Nahen Osten sprach. Welche Streitkräfte, fragte der deutsche Besucher, sollten sich hier einmischen, um eine Lösung zu erzwingen? Die Bundeswehr etwa? Auf die Amerikaner könne er ja wohl nicht zählen, wie er zweifellos selber wisse. Es schien dem deutschen Besucher nicht, dass er den Palästinenserführer beeindruckt hat.

Es bleiben die Amerikaner. Nur sie könnten, wenn sie wollten, im Nahen Osten etwas bewegen. Das wollen sie heute aber aus verschiedenen Gründen



nicht. Nachdem Bush an die Macht gekommen war, wollte er sich von dem Nahen Osten lösen. Die energische Einmischung seines Vorgängers hat er nicht sehr respektiert. Er ist schließlich nicht gewählt worden, um die Politik seines Vorgängers fortzusetzen – dies umso mehr, als die Politik nicht erfolgreich war. Nach dem 11. September 2001 sah es aber etwas anders aus. Sollten vielleicht die Amerikaner diesmal wieder wie zu Zeiten des Golfkrieges eine arabische Allianz brauchen? Sollten sie, um arabische Alliierte zu gewinnen, Druck auf Israel ausüben? Viele dachten so. Diese Strategie, die kurzfristig vielleicht auch von den Amerikanern erwogen wurde, hat sich sehr schnell als falsch erwiesen. Zum einen waren die proamerikanischen arabischen Regierungen diesmal weniger darauf erpicht, hinter den Amerikanern zu stehen angesichts der großen Bewunderung, die die Bevölkerungen ihrer Länder für Bin Laden hegen. Zum anderen haben die Amerikaner sehr bald erfahren, dass sie den Krieg in Afghanistan auch ohne arabische Unterstützung führen konnten, und zwar erfolgreich. Überhaupt haben die Araber in Amerika an politischem Gewicht verloren. Zur Zeit des Golfkrieges gab es noch eine Sowjetunion, heute sind die Amerikaner die einzige Weltmacht. Zur Zeit des Golfkrieges waren die Amerikaner überwiegend von arabischem Öl abhängig, heute weniger, weil sie zunehmend Öl aus Russland und aus den ehemaligen islamischen Sowjetrepubliken beziehen. Die amerikanische Regierung sah also keine besondere Eile, Druck auf Israel auszuüben.

Dennoch hätte der 11. September eine Chance für die Palästinenser sein können. Hätten sie verstanden, dass in Amerika eine neue Stimmung herrscht und dass man sich in der neuen Situation anders verhalten sollte, hätten sie in Amerika vielleicht auf Sympathie stoßen können. Vor allem hätten sie verstehen müssen, dass man sich nach dem 11. September keinen Terror, keine Selbstmordattentate leisten kann, zumindest vorübergehend. Was für die Amerikaner merkwürdige Sitten entfernter Regionen waren, ist plötzlich in ihrer Heimat eine Realität geworden. Terror und Selbstmordanschläge sind für die Amerikaner nicht mehr Sciencefiction. Sie wissen genau, was das bedeutet, denn sie haben es am eigenen Leib erfahren müssen. Die Fortsetzung der palästinensischen Terroranschläge führte unmittelbar dazu, dass der durchschnittliche Amerikaner die Palästinenser mit der Al Quaida identifiziert. Die Welt ist nun für den normalen Amerikaner, der sich traditionell für die Außenwelt nicht interessiert, eine Welt des Western-Films geworden: Es gibt die Guten und die Bösen. Die Guten sind makellos und gerecht, und die Bösen sind hundertprozentig

Schurken, die Verkörperung des Teufels. Der Slogan „Die Vereinigten Staaten und Israel stehen Hand in Hand nebeneinander im Kampf gegen den Weltterrorismus“ ist heute für die Mehrheit der Amerikaner eine Selbstverständlichkeit. Keiner denkt darüber nach, welche Kluft zwischen dem amerikanischen Riesen und dem israelischen Zwerg gähnt. Die Hauptsache ist das gemeinsame Ziel.

Dass die Palästinenser das nicht begriffen haben und immer noch nicht begreifen, ist verblüffend. Wenn die Amerikaner also weder aus außenpolitischen Erwägungen heraus noch aus innenpolitischen Gründen einen Drang zur Einmischung im Nahen Osten verspüren, wer soll den Traum Arafats, im Nahen Osten eine Kosovopolitik zu führen, in die Tat umsetzen? Auch viel weniger als eine militärische Einmischung kann Arafat unter solchen Umständen sich nicht erhoffen. Mittlerweile gab es für Arafat noch andere Vorkommnisse, möglicherweise schlimmere sogar, in seinen Beziehungen zu den USA. Er hat die Amerikaner mehrfach belogen und betrogen, und dies in einer lächerlichen Art und Weise. Lügen in der Politik sind nicht unbedingt eine Seltenheit, dennoch darf eine Lüge nicht vollkommen durchsichtig sein, sonst ist sie eher beleidigend. Nach jeder Lüge Arafats muss der amerikanische Präsident sich fragen, ob dieser Mann ihn für einen Dummkopf hält. Dies erklärt die Abneigung des amerikanischen Präsidenten gegen Arafat viel mehr als feindselige politische Erwägungen.

Vorerst sieht es also nicht danach aus, dass die Amerikaner sich in den Konflikt im Nahen Osten einmischen werden. Sollten es die Europäer tun? Zunächst haben die Europäer noch immer keine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik. Zu Opfern in der Nahostkrise sind sie auch nicht bereit – nicht nur Menschenleben würden sie für den Frieden im Nahen Osten nicht riskieren, sondern auch wirtschaftlich würden sie nicht groß darin investieren. Es gibt das so genannte Quartett – sollte das eine Lösung bringen? Das Quartett setzt sich zusammen aus den Europäern, den Amerikanern, den Russen, die heute in Sachen Außenpolitik den Amerikanern fast mit geschlossenen Augen folgen, und dem Generalsekretär der UNO, der nach den bitteren Erfahrungen seines Vorgängers jegliche Reibungen mit Washington vorsichtig vermeidet. Nein, offensichtlich gibt es keine internationale Lösung. Man möge bis nach den Wahlen im November in Amerika warten. Vielleicht wird sich dann in Washington etwas ändern. Zwar ist das kaum anzunehmen, doch bis zu den Wahlen wird sich keinesfalls irgendetwas ändern.

---

## V.

---

Wie auch schon in der Vergangenheit, muss man sich auf die Kontrahenten selbst verlassen. Selbst die Amerikaner haben noch nie einen Friedensprozess im Nahen Osten ins Leben gerufen. Jeder Friedensprozess, ob gelungen oder gescheitert, hat hinter dem Rücken der Amerikaner begonnen. So wussten die Amerikaner von Sadats Friedensinitiative nichts, solange Sadat sie nicht veröffentlicht hatte. So haben die Amerikaner von den Verhandlungen mit der PLO in Oslo nichts geahnt, solange Palästinenser und Israelis diese nicht publik gemacht hatten. Und so war es auch mit dem Friedensprozess mit Jordanien und sogar mit Syrien. Erst wenn die Kontrahenten so weit sind, einen Friedensprozess zu wollen, kommen die Amerikaner als Vermittler in Frage und sind dann auch tatsächlich unentbehrlich. Der erste Schritt muss also vor Ort gemacht werden. Es gibt nur eine Macht, die eine Politik in Israel initiieren und erzwingen kann, und das ist die israelische Bevölkerung. Sie hat die Politik Israels gegenüber Sadat bestimmt, auch gegenüber König Hussein, und sie war eine Zeit lang bereit, einen Friedensprozess mit der PLO zu unterstützen. Diese Bevölkerung muss man heute von den Friedensabsichten der anderen Seite überzeugen.

Als der saudische Kronprinz Abdullah dem New-York-Times-Korrespondenten Thomas Friedmann im Frühjahr ein überraschendes Interview gegeben hatte, sah es so aus, als würde den Israelis seitens der arabischen Welt ein revolutionäres Angebot unterbreitet. Natürlich sprach Abdullah von der Räumung aller besetzten Gebiete und Siedlungen wie auch von der Anerkennung eines unabhängigen Palästinenserstaats, versprach aber den Israelis, was sie bisher noch nie gehört hatten, nämlich einen umfassenden Frieden mit der arabischen Welt, d. h. nicht nur mit den unmittelbaren Nachbarn Israels, und vor allem versprach er eine „Normalisierung“ der Beziehungen. Damit ist viel mehr

als nur ein Frieden gemeint, der keine Alltagskontakte zwischen den Bevölkerungen ermöglicht oder sogar entwickelt, mehr als ein kalter Frieden – das heißt mehr als ein Waffenstillstand ist bzw. ein vorübergehender Waffenstillstand, als Frieden getarnt.

Als man den Außenminister Shimon Peres fragte, ob er den Saudi-Plan nicht als Licht am Ende des Tunnels betrachte, erwiderte er positiv, fügte aber hinzu: „Mein Problem ist, dass ich den Tunnel selbst nicht sehen kann.“ Der Tunnel diesbezüglich ist die arabische Welt. Wenn wir davon ausgehen, dass wir seitens der Palästinenser keinen glaubwürdigen Gesprächspartner haben, dann könnte doch die gemeinsame arabische Welt die Verantwortung übernehmen, auch für die Palästinenser. Die Unterstützung des Saudi-Plans durch die arabischen Staaten kam aber nur zögernd. Und nicht den ursprünglichen Plan haben sie unterstützt, sondern eher einen verwässerten. Insofern haben sie das Ziel, die israelische Bevölkerung von den arabischen Friedensabsichten zu überzeugen, verfehlt.

Klar ist, dass es keine Lösung geben wird, auch nicht für die Israelis, solange die Palästinenser im Elend und ohne Würde leben. Die Israelis werden in keiner glaubwürdigen und endgültigen Art und Weise Ruhe und Sicherheit erzielen können, solange ihre Nachbarbevölkerung unter ihrer Besatzung lebt und deren Kinder nicht dieselben Zukunftschancen bekommen, die ihre eigenen Kinder haben. Klar ist aber auch, dass weder die Palästinenser noch die Israelis ihr Ziel durch Gewalt erreichen können. Die Palästinenser sind nicht mächtig genug, die Israelis zu vertreiben, und die Israelis sind nicht mächtig genug, langfristig über eine andere Bevölkerung zu herrschen. Napoleon sagte einmal, man könne mit Bajonetten vieles erreichen, nur auf ihnen sitzen könne man nicht. Wir sitzen schon allzu lange auf Bajonetten und brauchen dringend eine Leiter, um herunterzuklettern. Diese Leiter können wir aber nur von unseren Nachbarn bekommen.

## Der Osloer Friedensprozess als ein Weg zum Frieden?

---

### I. Der 11. September 2001 und der Nahostkonflikt

---

Die Anschläge in New York City und Washington am 11. September 2001 haben die Agenda in den internationalen Beziehungen von Grund auf verändert. Seither gilt die Bekämpfung des „internationalen Terrorismus“ in all seinen Facetten als wichtigste Aufgabe internationaler Politik. Soziale Gerechtigkeit, Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung sowie das Recht auf Selbstbestimmung sind in den Hintergrund getreten. Militärische Sicherheit wurde zur dominanten Größe internationaler Politik. Die USA als einzige Supermacht bestimmen weltweit die Themen der politischen Agenda. Sie definieren, wer als Terrorist zu gelten hat und wer nicht. Wie sagte US-Präsident George W. Bush nach dem 11. September: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!

Einer der ersten Staaten, die sich der von den USA ins Leben gerufenen „Anti-Terror-Allianz“ anschließen wollten, war Israel. Endlich, so schien es, verstanden die anderen Staaten das Anliegen Israels, den Widerstandskampf eines von militärischer Okkupation strangulierten Volkes als „Terrorismus“ zu sehen. Die Enttäuschung der israelischen Politiker war groß, als die USA die Mitgliedschaft des Landes in dieser Allianz nicht wünschten. Seither kann Israel aber mit Billigung der USA in den palästinensischen Autonomiegebieten nach Gutdünken schalten und walten. Darüber hinaus werden seltsamerweise schwerste Menschenrechtsverletzungen von der internationalen Staatengemeinschaft stillschweigend akzeptiert.

Der von US-Präsident George W. Bush ausgerufene „Krieg gegen den Terrorismus“ hat die berechtigten Anliegen des palästinensischen Volkes völlig in den Hintergrund treten lassen. Unser legitimer Widerstand gegen militärische Besatzung wird ausschließlich in der Begrifflichkeit des Terrorismus gesehen und vermittelt. In seiner jüngsten Nahostrede hat Präsident Bush der palästinensischen Führung die Unterstützung des Terrorismus unterstellt. Kein Mitglied von Präsident Arafats Regierung hat jemals die Selbstmordatten-

tate gerechtfertigt oder verteidigt. Auch haben sich jüngst 55 palästinensische Persönlichkeiten in einem Schreiben an die Autonomiebehörde gewandt und gefordert, alles zu tun, um diese Attentate zu verhindern, da sie weder politisch noch moralisch zu rechtfertigen seien. Dass es ein legitimes Recht auf Widerstand gegen eine 35-jährige Militärbesatzung gibt, ist völkerrechtlich und naturrechtlich jedoch verbrieft. Dazu schrieb der Soziologieprofessor an der Hebräischen Universität in Jerusalem, Baruch Kimmerling, am 27. März 2001 in der Tageszeitung „Ha'aretz“ Folgendes: „Since 1967, millions of Palestinians have been under a military occupation, without any civil rights with, and most lacking even the most basic human rights. The continuing circumstances of occupation and repression give them, by any measure, the right to resist that occupation with any means at their disposal and to rise up in violence against that occupation. This is a moral right inherent to natural law and international law.“ Dieses Widerstandsrecht werde noch durch die Vierte Genfer Konvention bestärkt, da sie einen Bevölkerungstransfer des Besatzers in besetzte Gebiete untersagt.

Ein Teil der Politiker des Westens tut aus historischen Gründen (Holocaust) nichts gegen die Strangulierung des palästinensischen Volkes durch Israel. Dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein Volk auf brutalste Weise seiner Rechte beraubt wird und die aufgeklärte Weltöffentlichkeit dazu schweigt, ist der wirkliche Skandal. Die Schuld- und Verantwortungsfrage wird dabei auf den Kopf gestellt. Von den Unterdrückten erwartet man die Akzeptierung der Bedingungen der Unterdrücker! Eine solche „Logik“ hat es in der modernen Kolonialgeschichte bisher nicht gegeben.

Ich gehörte trotz heftigster Kritik in Deutschland<sup>1</sup> zu den vehementesten Verfechtern des Friedensprozesses und sehe auch heute noch den einge-

---

1 Neben der Israelin Felicia Langer, die seit 1990 in Tübingen lebt und in Israel als erste zahlreiche Palästinenser gegen Menschenrechtsverletzungen vor israelischen Militärgerichten verteidigt hat, gehört Ludwig Watzal zu den einzigen in Deutschland, die den Friedensprozess von Anfang an sehr kritisch begleitet haben. Ich habe die Kritik beider in der Form jedoch nie geteilt. Vgl. Felicia Langer, Quo vadis Israel? Die neue Intifada der Palästinenser, Göttingen 2001;

schlagenen Weg, der in den Osloer Abkommen vorgezeichnet worden ist, als alternativlos. Israel hat aber unsere Hoffnungen und Sehnsüchte nach einem eigenen Staat im Laufe des Friedensprozesses immer wieder u. a. durch die Fortsetzung des Siedlungsbauens und der Schaffung eines separaten Straßensystems enttäuscht. Die palästinensische Führung wurde getäuscht. Im Folgenden möchte ich auf einige Stationen des Friedensprozesses eingehen und mich dann mit dem „großzügigen Angebot“ Ehud Baraks von Camp David auseinandersetzen. Abschließend werde ich auf die Nahostrede von George W. Bush eingehen und mögliche Lösungswege aus der Sackgasse aufzeigen.

---

## II. Der Friedensprozess als Fortsetzung der Okkupation?

---

Die Euphorie und die Hoffnungen vieler Palästinenser waren schier grenzenlos, als am 13. September 1993 das Osloer Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) vor dem Weißen Haus in Washington unter der Schirmherrschaft Präsident Clintons unterzeichnet worden ist. Das Abkommen, das der israelische Außenminister Shimon Peres und der Verhandlungsführer der PLO, Mahmoud Abbas (Abu Mazen), unterzeichnet haben, klang hölzern: „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“; aber es war das erste Abkommen, das der geschundenen Region den Frieden bringen sollte. Beide Seiten erklärten sich darin bereit, den Konflikt in Zukunft durch Verhandlungen zu lösen. Der Weg hin zur Unterzeichnung des Abkommens war dornenreich. Er begann mit der Friedenskonferenz von Madrid am 31. Oktober 1991, die nur wegen der tief greifenden Veränderungen im internationalen System möglich war. In der Folge der Madrider Konferenz trafen sich von 1991 bis 1993 die israelische und die palästinensische Verhandlungsdelegation in Washington zu zehn ergebnislosen Verhandlungsrunden. Der damalige israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir erklärte nach seiner Abwahl im Juni 1992, dass er noch zehn Jahre mit den Palästinensern in Washington verhandelt hätte, ohne zu einem Ergebnis zu kommen.

Das Osloer Vertragswerk umfasst die „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ vom 13. September 1993 sowie das „Protokoll über die wirtschaftlichen Beziehungen“, das

am 29. April 1994 in Paris unterzeichnet worden ist und das Bestandteil des „Gaza-Jericho-Abkommens“ vom 4. Mai 1994 ist. Das „Wirtschaftsprotokoll“ wurde auch unverändert in das „Interimsabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen“ vom 28. September 1995 integriert. Benjamin Netanyahu schloss das Hebron-Protokoll vom 15. Januar 1997 und das Wye-Memorandum vom 23. Oktober 1998 ab. Ehud Barak handelte das Sharm-el-Sheikh-Memorandum vom 4. September 1999 aus und wollte vom 11. bis 25. Juli 2000 in Camp David einen Statusendvertrag mit uns Palästinensern aushandeln.

Die wichtigsten Punkte der „Prinzipienerklärung“ sind:

- Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen und Jericho (Art. XIV).
- Gründung einer palästinensischen Behörde (Art I), der im Wesentlichen fünf Kompetenzbereiche übertragen werden: Erziehung und Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, direkte Besteuerung und Tourismus (Art. VI).
- Wahl eines palästinensischen Rates durch die Bevölkerung der Gebiete einschließlich Ost-Jerusalems, der dann an die Stelle der palästinensischen Behörde treten soll (Art. III).
- Ausdehnung des Gebietes, in dem der Rat die zivilen Befugnisse hat und für die Sicherheit von Palästinensern verantwortlich ist (Art. VII).

Die Sicherheit der Grenzen, die Außenbeziehungen, die Sicherheit und die öffentliche Ordnung in den jüdischen Siedlungen und für deren Bewohner sowie den ungehinderten Transit auf den Straßen behält sich Israel vor. Dies gilt auch für alle Folgeverhandlungen. Ausgeklammert und auf die Statusendverhandlungen verschoben werden die Komplexe Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsarrangements, Grenzen, Außenbeziehungen und „andere Fragen von gemeinsamem Interesse“ (Art. V).

Im „Gaza-Jericho-Abkommen“ wurden der Rückzug der israelischen Armee aus den genannten Gebieten (Gaza-Streifen und Jericho) sowie die Übertragung von zivilen Befugnissen an die palästinensische Behörde geregelt. Durch die in diesem Zusammenhang abgeschlossene Vereinbarung über „Vorbereitende Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten“ vom 29. August 1994 wurden die in der „Prinzipienerklärung“ genannten fünf Bereiche formell auf die palästinensische Behörde übertragen.

Das „Interimsabkommen“ vom 28. September 1995 regelt die gesamte Übergangsperiode in der Westbank und dem Gaza-Streifen. Das Abkom-

---

Ludwig Watzal, Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, Berlin 2002<sup>2</sup>. Weitere kritische Artikel unter: ([www.watzal.com](http://www.watzal.com)).

men schuf in der Westbank eine Art „Inselreich“, das durch Umgehungsstraßen die jüdischen Siedlungen von den palästinensischen Zentren trennt. Konkret wirkte es sich folgendermaßen aus:

Die Zone A umfasst die Städte Jenin, Nablus, Tul-karem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem und macht 3,5 Prozent des gesamten palästinensischen Gebietes aus. In dieser Zone können die Palästinenser ihre Zivilangelegenheiten eigenständig regeln, und ihre Polizei hat das alleinige Sagen.

In der Zone B liegen die 420 Kleinstädte und Dörfer. Hier geht die Zivilverwaltung an die Palästinenser über. Es werden dort 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleibt bei Israel, nur was ausschließlich uns Palästinenser betrifft, kann von unserer Polizei alleine geregelt werden.

In der Zone C, sie macht 73 Prozent der Westbank aus, bleibt alles beim Alten. Hier liegen die Siedlungen, und diesen Großteil der Westbank betrachtet Israel sowieso als eigenes Staatsland. Nach diesem Konzept kann jede Autonomieinsel einzeln abgeriegelt werden. Dies stellte somit eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Zustand vor dem Abkommen dar, als sich die Menschen wenigstens frei in der nach außen oft abgeriegelten Westbank bewegen konnten.

Des Weiteren zieht sich zwar die Militärverwaltung aus den Bevölkerungszentren zurück, behält aber alle ihre Vollmachten. Die bestehenden Gesetze und Militärverordnungen bleiben in Kraft und müssen von unserer Autonomiebehörde umgesetzt werden. Sie können nur mit Zustimmung Israels geändert werden. Die palästinensische Behörde kann nur im zivilen Bereich freier agieren, alle anderen Bereiche sind durch ein engmaschiges Kontroll- und Veto-System an die israelische Zustimmung gebunden. Deutlich wird dies im Sicherheitsbereich, der besonders restriktiv für die Palästinenser ist. Auch im wirtschaftlichen Bereich gibt es eine enge Anbindung der palästinensischen Wirtschaft an die israelische, und die Palästinenser können über größere Projekte nicht eigenständig befinden. Es wurde keine Siedlung aufgelöst. Sie sind exterritorial. Die Armee blieb überall präsent, und an der De-facto-Kontrolle Israels über alle Lebensbereiche der Palästinenser hat sich nicht viel geändert. Während der Hochphase des „Friedensprozesses“ wurde der Weltöffentlichkeit der Eindruck vermittelt, als seien die israelischen Soldaten abgezogen. Kein einziger Soldat hatte jedoch die Autonomiegebiete verlassen. Das System der Kontrolle und der Besetzung

wurde vielmehr von Abkommen zu Abkommen enger gezogen.

Auch im Hebron-Protokoll, das die Netanyahu-Regierung unterzeichnet hat, kam es nur zu einer Umgruppierung der Truppen in Hebron und zu keinem Abzug. Fast 2000 israelische Soldaten bewachen jetzt 450 radikale Siedler. Das Protokoll teilte die Stadt Hebron in eine H-1-Zone, in der zirka 100 000 Palästinenser unter palästinensischer Souveränität leben, und eine H-2-Zone, in der 450 fundamentalistische jüdische Siedler und zirka 20 000 Palästinenser unter direkter Besetzung Israels wohnen.

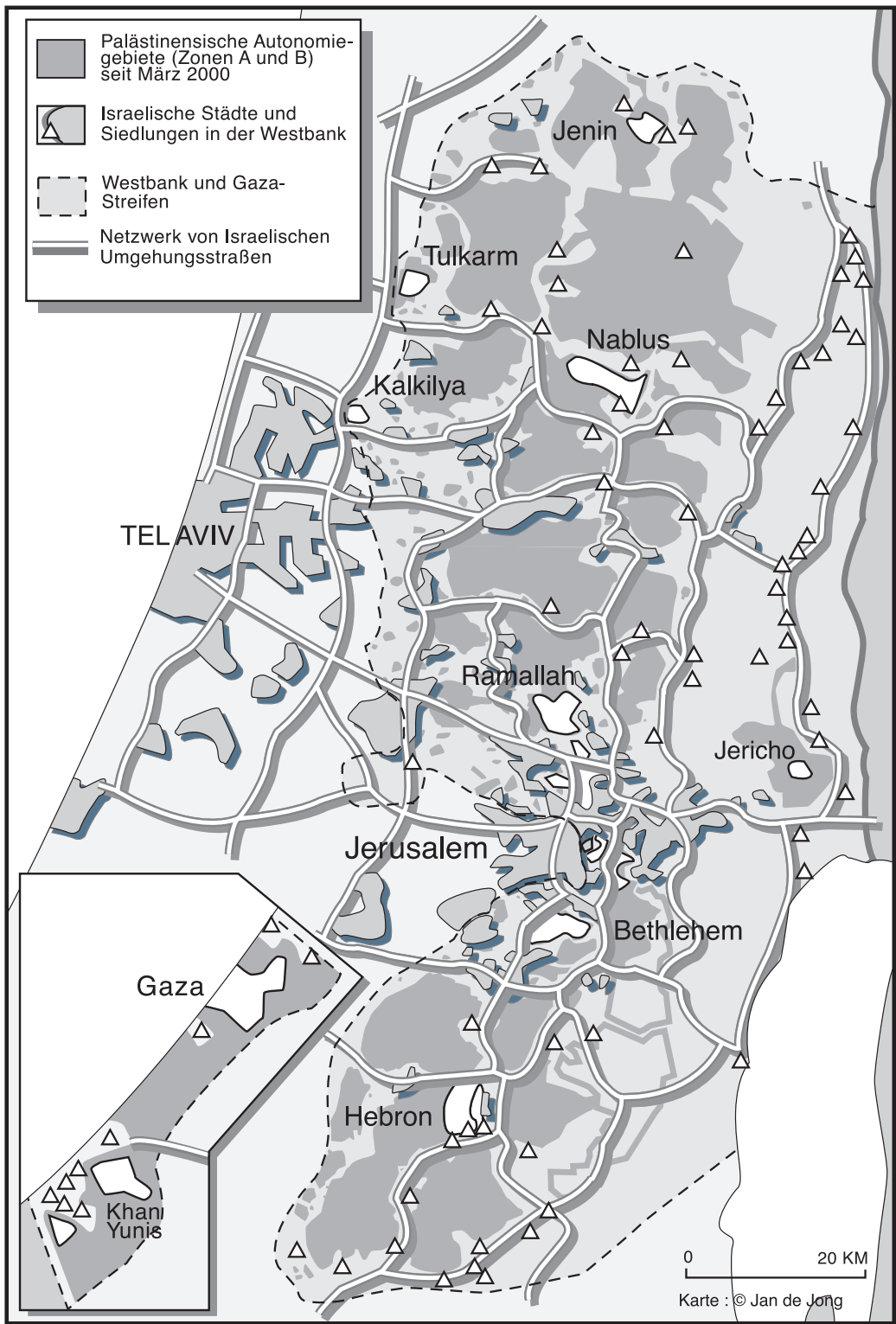
Mit dem Hebron-Protokoll ging ein Brief des ehemaligen amerikanischen Außenministers Warren Christopher einher, in dem er Israel weitreichende Sicherheitsgarantien machte und es dem Land freistellte, unilateral über den weiteren Rückzug aus der Westbank, die in drei Etappen bis August 1998 abgeschlossen sein sollte, gemäß der israelischen Sicherheitslage zu entscheiden. Seitdem hat Netanyahu alles getan, um den Status quo zugunsten Israels zu verändern. Dies war auch die Politik Rabins, der in seiner vierjährigen Amtszeit die Zahl der Siedler verdoppelt und Milliarden von Shekel in die Siedlungen und ein separates Straßensystem investiert hat. Hinter dieser Leistung wollte Netanyahu nicht zurückstehen.

Das Wye-Memorandum vom 23. Oktober 1998 steht in der Tradition der bereits unterzeichneten Abkommen. Es stellte keinen „Durchbruch“ im israelisch-palästinensischen Friedensprozess dar, sondern schränkte die Rechte der Palästinenser weiter ein. Das Wye-Memorandum enthielt prinzipiell nichts, was nicht schon im Interimsabkommen vom 28. September 1995 vereinbart worden wäre. Es ist ein weiteres Umsetzungsabkommen des Interimsabkommens, aber es enthält einige für die Palästinenser nur schwer zu erfüllende Auflagen. Den Schwerpunkt bilden die Ausführungen über Sicherheit, die 60 Prozent des Abkommens umfassen, und die Einhaltung des Prinzips der Gegenseitigkeit.

Neben den Ausführungen über die Sicherheit ging es um die weitere Truppenverlegung, die sich in drei Phasen vollziehen und spätestens nach zwölf Wochen abgeschlossen sein sollte. Diese Verlegung wurde jedoch niemals vollzogen. Hätte sie stattgefunden, hätten wir Palästinenser 18,2 Prozent unseres Landes in der Westbank und im Gazastreifen unter unserer alleinigen Kontrolle gehabt (Zone A), und in 21,8 Prozent hätte es eine gemischte Kontrolle gegeben (Zone B). Arafat stimmte dem israelischen Vorschlag zu, drei Pro-



## Der Westbank und Gaza-Streifen - 2002



Quelle: Ludwig Watzal, Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, Berlin 2002<sup>2</sup>, S. 176.

zent des übereigneten Gebietes als „grüne Zone“ zu deklarieren. Dort dürfen die Palästinenser nicht bauen, und Israel hat das Sagen in Sicherheitsfragen. Damit wurde ein weiterer territorialer Spalt pilz geschaffen, den man in der letzten Phase der Verhandlungen jederzeit aktivieren kann. Die Rückzugsphase hing aber von der Einhaltung der Formel „Sicherheit/Gegenseitigkeit“ ab. Hiermit war den Israelis und den USA ein Instrument an die Hand gegeben, mit dem jede Maßnahme Arafats als unzureichend abqualifiziert werden konnte, was dann auch durch Netanyahu geschehen ist. Des Weiteren musste die PLO-Charta zum zweiten Mal außer Kraft gesetzt werden. Dem Memorandum wurde ein Zeitplan beigelegt, der aber wie die anderen Zeitpläne nie eingehalten wurde.

Auch das Sharm-el-Sheikh-Memorandum (Wye II) vom 4. September 1999 stellte sich als eine weitere Etappe auf dem Weg der Desillusionierung der Palästinenser mit einer von der Arbeitspartei unter Ehud Barak geführten Regierung heraus. Vor ihrem ersten Treffen erläuterte der israelische Ministerpräsident in einem Interview mit der israelischen Zeitung „Ha'aretz“ seine Vorstellungen von der Zukunft: Für sein Land sei ein Frieden zwischen dem „Zionismus und den Arabern“ wichtiger als Frieden mit den Palästinensern. „Die Palästinenser sind die Ursache für die Fortdauer des Konfliktes, aber sie sind auch der schwächste von allen Gegnern . . . Sie stellen keinerlei militärische Bedrohung für Israel dar.“ Auf dem Golan gebe es ein „wunderbares und wichtiges Siedlungsexperiment“, durch Kompromisse könne man mit Syrien Frieden schließen. Die Westbank „ist die Wiege unserer Geschichte“. „Es ist unmöglich, Frieden mit den Palästinensern und der Siedlung Beit El zu schließen. Ofra liegt in der unmittelbaren Nähe eines der wichtigsten strategischen Punkte, und die Siedlung Ariel ist Ariel.“ Die Palästinenser hätten Jenin, Nablus, Ramallah, Hebron und Bethlehem.

Bei ihrer ersten Begegnung am 11. Juli 1999 machte Barak seinem „lieben Freund und Partner“ Arafat klar, dass er keinen „Neuanfang“ in den Beziehungen zu den Palästinensern anstrebe. Er lehnte es ab, die unter Netanyahu gegründeten 42 Siedlungen aufzulösen. Er erklärte nur sieben davon als illegal und ließ letztendlich nur vier davon räumen. Seinen Vorschlag, das Wye-Memorandum zu umgehen und gleich mit den Statusendverhandlungen zu beginnen, wies Arafat zurück. Dieses Treffen wurde von uns Palästinensern als „Desaster“, von den beteiligten Israelis als „Holocaust“ bezeichnet! Als der PLO-Chef den bei ihrem zweiten Treffen angebotenen Termin-

plan zur Umsetzung des Wye-Memorandums ablehnte, setzte ihn Barak mit dem Hinweis auf ein mögliches Abkommen zwischen Syrien und Israel unter Druck. Um Zeit zu gewinnen, unterzeichneten beide Seiten am 4. September 1999 das Sharm-el-Sheikh-Memorandum. Darin bekräftigten sie den Willen, bei den Statusendverhandlungen die UN-Resolutionen 242 und 338 zu realisieren, und einigten sich darauf, bis zum 13. September 1999 Verhandlungen über ein Rahmenabkommen aufzunehmen, das im Februar 2000 vorliegen sollte. Den Kern des Abkommens sollte eine Vereinbarung über die Bestandteile des Statusendvertrages bilden, dessen Abschluss für Mitte September 2000 vorgesehen war. Beide Seiten verpflichteten sich, keine einseitigen Maßnahmen zu ergreifen, die den Status quo verändern. Dies stand auch in früheren Abkommen, wurde aber von den Israelis durch den Bau von Siedlungen und eines separaten Straßensystems nur für die Siedler auf palästinensischem Boden permanent unterlaufen.

Am 8. November 1999 begannen im Grand Park Hotel in Ramallah endlich die offiziellen Gespräche über das Statusendabkommen. Israel wollte lediglich ein Rahmenabkommen aushandeln, in dem alle kritischen Fragen fixiert werden sollten, über die keine Einigung erzielt werden konnte. Barak erklärte vorher, der Siedlungsbau werde weitergehen, und die UN-Resolution 242 sei nicht anwendbar. Er gab den Unterhändlern folgende Instruktionen mit auf den Weg: Das Rahmenabkommen soll den Konflikt zwischen den beiden Völkern beenden und zu einer Trennung zwischen Israel und dem palästinensischen „Gebilde“ führen, das nach dem Abschluss eines Statusendvertrages entstehen soll. Diese Verhandlungen endeten in einer Sackgasse. Fortan galt das Zauberwort Camp David. Clinton und Barak wollten einen Erfolg um jeden Preis. Der US-Präsident schickte Dennis Ross, Außenministerin Madeleine Albright sowie Sicherheitsberater Sandy Berger in den Nahen Osten. Arafat betonte bei dem Gespräch, dass die Bedingungen für ein Gipfeltreffen noch nicht reif seien, da weder in den bilateralen Gesprächen in Eilat noch in Oslo etwas erreicht worden sei. Nachdem sich Albright mit Barak getroffen hatte, war sie davon überzeugt, dass Israel ein weitreichendes Angebot unterbreiten würde und ein Gipfeltreffen erfolgreich sein könnte. Clinton wollte den Friedensprozess vor einem totalen Kollaps bewahren und als Mann, der den längsten Konflikt des 20. Jahrhunderts gelöst hat, in die Geschichte eingehen. Er lud die Kontrahenten am 5. Juli zu einem Gipfeltreffen in Camp David ein, das vom 11. Juli bis 25. Juli 2000 dauerte. Barak hatte diesen Tagungsort vorge-

schlagen; dort war 1978 ein Abkommen zwischen Israel und Ägypten unterzeichnet worden, das zur Räumung der besetzten Sinai-Halbinsel geführt hatte.

Von September 1993 bis Juli 2000 waren sieben Jahre vergangen, ohne dass die Vereinbarungen der Prinzipienklärung von Oslo umgesetzt wurden. Die Motive und Zielsetzungen einer solchen Verzögerungstaktik beschreibt Jeff Halper, israelischer Dozent an der Ben-Gurion Universität in Beer Sheva, außergewöhnlich kritisch: „Zuerst einmal schaffst Du große Erwartungen. Hände schütteln auf dem Rasen im Weißen Haus. Friedensrhetorik (Nie wieder Krieg. Nie wieder Blutvergießen). Wahlen, und gib ihnen eine eigene Flagge. Dann Geheimtreffen, Dinners, Rückzüge, Friedensverhandlungen, Zwischenbegegnungen, Versprechungen, vor den hungrigen Augen erscheinen schon die verführerischen Vergünstigungen. Mehr Händeschütteln, mehr ‚Gesten‘. Dann beginnst Du, das Rahmenwerk für den Frieden aufzubauen, das Dir endgültig die Oberherrschaft über die Verhandlungen sichert. Hol das Internationale Recht hervor, Menschenrechtsvereinbarungen, UN-Resolutionen, und damit alles richtig läuft, suchst Du Dir als Verbündeten die stärkste Macht der Welt, diejenige, die Dich mit all Deinen Waffen versorgt, und erklärst sie zum Vermittler. Dann, während Du über den Frieden verhandelst, in Oslo, Washington, Paris, Kairo, Wye Plantation, Stockholm, Amman, Camp David, Sharm, baust Du die ‚Fakten‘ auf dem Boden selbst zusammen, die Dir Deine weitere Kontrolle garantieren, und setzt die Vorbedingungen für die Verhandlungen fest. Du nutzt die sieben Jahre gut aus, die Dir seit der Unterschrift des Osloer Abkommens zur Verfügung stehen . . . Als Nächstes wartest Du nur darauf, dass Deine Besetzung irreversibel und allumfassend geworden ist, nachdem Du beide Ökonomien verschmolzen und unter Deine Kontrolle gebracht hast, die Stromversorgung, die Autobahnen und die städtische Infrastruktur, bis Du die Ökonomie und Gesellschaft Deines Partners komplett durch Deine eigene aufgesaugt hast. Dann verkündest Du, dass Dein Friedenskonzept ‚Trennung‘ lautet, und Du riegelst Deine Nachbarn in kleinen Inseln voneinander ab, nimmst Ihnen alle Hoffnungen, die sie für eine bessere Zukunft bisher gehegt hatten, für ein richtiges Land und eine eigene Identität. Du ziehst die Kontrolle noch enger, begrenzt ihren Lebensraum noch mehr, demütigst und terrorisierst sie weiter – bis endlich der Aufstand losgeht.“<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Jeff Halper, How to start an uprising, in: News from within, XVI (November 2000) 8, S. 16 f.

---

### III. Der Mythos von Camp David

---

Camp David 2000 wird permanent weltweit von allen pro-israelischen Gruppierungen als Nachweis angeführt, dass wir Palästinenser keinen wirklichen Frieden wollen. Es wird immer wieder auf die großzügigen Angebote von Barak hingewiesen, um zu dokumentieren, dass die eigentlich friedenswillige Seite die israelische sei und nicht die palästinensische. In Camp David seien weitreichende Konzessionen an die palästinensische Seite gemacht worden. Anstatt das Angebot anzunehmen, habe man die zweite Intifada begonnen. Dies zeige, behaupten weiterhin die Israelis, dass die Palästinenser nicht an einem palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 interessiert seien und dass das alleinige Ziel der Palästinenser die Vertreibung der Israelis sei. Michel Friedmann vom Zentralrat der Juden in Deutschland formulierte es in einer Sendung des Nachrichtensenders n-tv Anfang April 2002 wie folgt: „Sie wollen uns (sic!), wie schon angekündigt, ins Meer treiben.“

Was beinhaltete Baraks „großzügiges Angebot“ in Wirklichkeit? Der Palästinenserstaat sollte nach diesem Angebot in der Westbank aus drei Landstücken bestehen, die durch einen Korridor miteinander verbunden gewesen wären; die Kontrolle dieser Korridore und die Außengrenzkontrollen (zu Ägypten und Jordanien) hätten bei Israel gelegen. Die Bevölkerung hätte sich im Alltag der Besatzungsmacht weiter fügen müssen; de facto hätte sich nur etwas Kosmetisches geändert. Zehn Prozent der Westbank wären von Israel annektiert worden. Weitere zehn bis zwölf Prozent, die den Jordangraben ausmachen, wollte Israel für 100 Jahre pachten. Israel hätte einen territorialen Zugang zu den Siedlern in Hebron und Kiryat Arba erhalten. Es gab keinerlei Zugeständnisse seitens Israels in der Flüchtlingsfrage. Besonders heikel war hingegen der Status von Jerusalem. In dieser Frage nahm die israelische Delegation eine Haltung ein, die der der extremsten jüdischen Siedler entsprach. Gilad Sher, persönlicher Referent Baraks, bestätigt dies in seinem Buch „Zum Greifen nah – die israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen“, in dem er bestätigt, dass man in Bezug auf Jerusalem am liebsten jedes Mal den „Jesha-Council“ (Siedlerrat) konsultiert hätte. Insbesondere Israels Haltung in Bezug auf den Haram el-Sharif (Terrain der Al-Aqsa-Moschee) erregte das Misstrauen der Palästinenser. Die plötzliche israelische Forderung, dass Juden auf dem Haram el-Sharif beten können sollten, führte zur strikten Zurückweisung durch die Palästinenser.

ser. Selbst israelische Rabbiner erhoben nicht solch eine Forderung.

An dieser Stelle möchte ich den Ministerpräsidenten Barak nach seiner Rückkehr vom Gipfel in Camp David am 26. Juli 2000 zitieren: „Ich habe mich aufgemacht, zu versuchen, Jerusalem – unsere Hauptstadt – zu stärken, sie zu vergrößern und sie für kommende Generationen mit einer starken jüdischen Mehrheit zu stützen. Ich habe mich aufgemacht zu versuchen, dafür zu sorgen, dass eine Mehrheit der Siedler in Judäa und Samaria zum ersten Mal unter israelischer Souveränität leben würde.“ Diese Worte gehören auch zu seinem großzügigen Angebot.

Amerikanische Rechtsexperten schlugen folgende „Lösung“ vor: Erstens sollte ein internationales Komitee – bestehend aus dem UN-Sicherheitsrat und Marokko – dem Palästinenserstaat die „Aufsicht“ (custody) über den Haram el-Sharif (Al-Aqsa Moschee) geben, wohingegen die Souveränität bei Israel liegen sollte. In einem anderen Vorschlag sprachen die USA von einer „vertikalen Souveränität“ über die Oberfläche des Areals, auf dem der Haram el-Sharif liege, aber Israel würde die Souveränität darunter erhalten. Als diese „Vorschläge“ von palästinensischer Seite verworfen wurden, kamen die Experten schließlich auf ihren Vorschlag von der „custodial“-Souveränität für die Palästinenser und die „residual“-Souveränität für Israel zurück. Auf die Frage, was denn dies konkret bedeute, entgegneten die „Experten“: israelische Souveränität. Weiter sollte die Stadt fragmentiert und geteilt werden. Verschiedene Systeme sollten für verschiedene Stadtteile gelten: Regeln, die für das christliche Viertel gelten sollten, würden nicht für das arabische Wadi al-Joz gelten; was für Suwwana zutrifft, konnte nicht auf das armenische Viertel angewandt werden. Die USA schlugen ihr und das israelische Verständnis von Souveränität für das muslimische und das christliche Viertel vor, wohingegen Israels Souveränität sich auf das armenische und jüdische Viertel sowie auf die Klagemauer beziehen sollte. Alles in allem sollte sich die palästinensische „Souveränität“ auf die Teile Ost-Jerusalems beschränken, die nicht Teil von Jerusalem von 1967 waren. Ihre so genannte Hauptstadt „Ost-Jerusalem“ hätte letztendlich aus drei Dörfern bestanden (Abu Dis, Al-Eisaria, Sawahra), die nicht zu Ost-Jerusalem in den Stadtgrenzen von 1967 gehört hatten. Ein „special regime“ (besonderes Verfahren) sollte für die Altstadt angewandt werden, jedoch erst später; dort sollte auch Arafats „sovereign compound“ (souveränes umzäuntes Gelände) für seine Verwaltung liegen. Diese fabrizierte Lösung wollten Israel und die USA partout den Palästinensern aufzwingen, versehen

mit der „goldenen Unterschrift“, die das „Ende des Konfliktes“ hätte besiegeln sollen.<sup>3</sup>

Barak und Arafat waren zwar in Camp David 15 Tage zusammen, haben aber persönlich nur eine Stunde miteinander geredet. Jossi Beilin, damals Baraks Justizminister, hat berichtet, dass das israelische Verhandlungsteam auf Anweisung Baraks den Palästinensern niemals Karten oder etwas Schriftliches unterbreitet habe. Für die Palästinenser gab es immer nur die Wahl zwischen Annahme der Vorschläge oder deren Ablehnung. Auch seien die amerikanischen Vorschläge jedesmal mit der israelischen Delegation besprochen worden, bevor sie den Palästinensern von den USA unterbreitet wurden. Auch waren die Israelis über die später formulierten Clinton-„Minutes“ bereits vier Wochen vorher unterrichtet. Barak hatte allen Stillschweigen verordnet. Beilin kritisierte Barak dahingehend, dass es diesem nicht gelungen sei, einen persönlichen Draht zu Arafat zu entwickeln, obwohl dieser auf ihn zugegangen sei. Das Scheitern der Verhandlungen wurde von Clinton und Barak zu Unrecht Präsident Arafat angelastet.

Danach kam es zu einem politischen Stillstand, bis Ariel Sharon am 28. September 2000 in Begleitung von 1 000 Polizisten und mit Genehmigung Ehud Baraks israelische „Souveränität“ über den Haram el-Sharif demonstrierte. Tags darauf schossen israelische Streitkräfte auf demonstrierende Palästinenser in Jerusalem. Es gab 29 tote und über 100 verletzte Palästinenser. Damit kam es zum Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada, die bis heute über 1 800 palästinensische Todesopfer gefordert hat. Über 35 000 Palästinenser wurden bis jetzt verletzt, und auch auf israelischer Seite gab es 500 Tote und hunderte Verletzte.

---

#### IV. Die Taba-Verhandlungen vom Januar 2001

---

Wenn die Verhandlungsergebnisse von Taba am Roten Meer weitreichender waren als das „größt-zügigste Angebot“ von Camp David, so war Camp David ein unaufrichtiger Machtpoker seitens des israelischen Ministerpräsidenten Barak und US-Präsident Clinton. Was boten die Israelis den Palästinensern im ägyptischen Badeort an, um den „Friedensprozess“ zu retten?

<sup>3</sup> Vgl. die ausführliche Kritik zu Camp David von Ludwig Watzal, Der Mythos von Camp David, in: Neue Zürcher Zeitung vom 22. 6. 2002. Vgl. auch Uri Avnery, Politicus interruptus. Die acht Fakten von Barak und andere Lügen (<http://www.palaestina.org/doc/news/politikus-interruptus.html>).



In dem israelischen Dokument standen für palästinensische Leser unglaubliche Dinge: „Obwohl der im Entstehen begriffene Staat Israel die Resolution 181 der UN-Vollversammlung vom November 1947 (die den Vorschlag einer Teilung Palästinas in einen jüdischen und arabischen Staat vorsah) akzeptiert hatte, wurde er in das Blutvergießen und den Krieg von 1948/49 verwickelt, der für beide Seiten Leiden und Opfer mit sich brachte, darunter den Verlust von Heimat und Eigentum für jene Teile der palästinensischen Zivilbevölkerung, die zu Flüchtlingen wurden . . . Konsequenz einer gerechten Regelung des Flüchtlingsproblems, in Übereinstimmung mit der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates, muss die Umsetzung der Resolution 194 der UN-Generalversammlung sein.“ Israel hatte erstmals eine Mitverantwortung für die palästinensische Tragödie anerkannt. Ein großartiger und mutiger Schritt!

Was beinhalteten nun die Vereinbarungen von Taba konkret? Es kam zu einer Annäherung zwischen beiden Positionen, die vorher noch nie erreicht worden war. In der gemeinsamen Abschlusserklärung gestanden sich beide Seiten zu, dass man einem Friedensvertrag noch nie so nahe gewesen sei. Beide Seiten hatten sich darauf geeinigt, von der UN-Sicherheitsratsresolution 242 als Grundlage für die endgültige Festlegung der Grenzen vom 4. Juni 1967 (Waffenstillstandlinie) auszugehen. Konkret boten die Israelis den Palästinensern an:

94 Prozent der Westbank sollten zurückgegeben werden; um die restlichen sechs Prozent zu kompensieren, wollte Israel das Äquivalent von drei Prozent an israelischem Territorium abtreten; die restlichen drei Prozent sollten mit dem Korridor zwischen der Westbank und dem Gaza-Streifen abgegolten werden. Dieser Korridor sollte aber palästinensischer Souveränität unterstehen. Im Unterschied zum Camp David-Vorschlag verzichtete Israel auf das Jordantal, Shilo, den Ostteil von Ariel und auf einige isoliert gelegene Siedlungen wie Beit El und Kedumim sowie auf Gebiete im Norden der Siedlung von Mode'in. Ferner war man zur Auflösung der jüdischen Siedlungen im Herzen Hebrons und Kiriat Arbas bereit. Die Palästinenser bestanden jedoch auf einer Eins-zu-eins-Rückgabe der Gebiete.

Beide Seiten waren sich ebenfalls darin einig, dass Jerusalem ungeteilt bleiben und die Hauptstadt beider Staaten bilden sollte. Der Clinton-Plan wurde dafür als Grundlage genommen: Demzufolge sollten die jüdischen Viertel an Israel, die arabischen an die Palästinenser gehen. Die Palästinenser forderten die Souveränität über den Haram el-Sharif, wohingegen die Israelis die Hoheits-

rechte über die Klagemauer beanspruchten. Diskutiert wurde auch, ob man den gesamten Komplex nicht unter die Oberaufsicht Marokkos stellen sollte. Auch im Bereich der Sicherheit stimmten die Palästinenser einem entmilitarisierten Staat zu. Beide Seiten wollten internationale Beobachter an ihren Grenzen akzeptieren.

Die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge erwies sich als ein großes Problem. Fünf Alternativen wollte man den Flüchtlingen anbieten: Rückkehr nach Israel, Rückkehr in die an die Palästinenser abgetretenen Gebiete, Rückkehr in den neuen Palästinenserstaat, Ansiedlung im jeweiligen Aufenthaltsland sowie Ausreise in ein Drittland. Die Palästinenser gestanden Israel sogar zu, die Letztentscheidung über die Rückkehr der Flüchtlinge nach Israel zu haben. Israel erklärte sich bereit, innerhalb von fünf Jahren im Rahmen der Familienzusammenführung 40 000 Flüchtlinge aufzunehmen. Die PLO wollte jedoch 100 000. Ebenso stimmten beide Seiten in der Schaffung eines internationalen Hilfsfonds und der Entschädigung der Flüchtlinge überein. Die Entschädigung der Palästinenser und der jüdischen Flüchtlinge aus arabischen Ländern nach Israel sollte entkoppelt werden.<sup>4</sup>

Die Taba-Vereinbarungen waren äußerst mutig, aber die Zeit war leider abgelaufen. Ariel Sharon stand ante portas. Was seit seiner Wahl zum israelischen Ministerpräsidenten am 6. Februar 2001 geschehen ist, bedeutet für uns Palästinenser die Fortsetzung der „Katastrophe“ (al-Naqba) von 1948. Gibt es aus der augenblicklichen verfahrenen Situation dennoch einen Ausweg?

---

## V. Bushs Nahostplan als Lösung des Nahostkonfliktes?

---

An die jüngste Rede des amerikanischen Präsidenten Bush knüpfte die Autonomiebehörde große Hoffnungen; sie und die Palästinenser sind maßlos enttäuscht worden. Die Rede bietet für mein Volk keinerlei Perspektive; sie enthält vielmehr böartige Behauptungen, die jeder Grundlage entbehren. Bush hat die Palästinenser aufgefordert, sich „eine neue Führung zu wählen, die nicht durch Terror kompromittiert“ ist. Er ging sogar noch weiter: „Heute ermutigt die palästinensische Auto-

---

<sup>4</sup> Vgl. zu den Einzelheiten der Taba-Verhandlungen: Special Document File. The Taba Negotiations (January 2001), in: Journal of Palestine Studies, XXXI (Spring 2002) 3, S. 79–89; ebenso Ludwig Watzal, Der Mythos von Camp David, in: Freitag vom 28. 6. 2002.



rität Terror, anstatt ihm zu widerstehen.“ Nur „wenn das palästinensische Volk sich eine neue Führung gewählt hat, neue Institutionen und neue Sicherheitsvereinbarungen mit ihren Nachbarn vereinbart hat, werden die USA die Gründung eines palästinensischen Staates, dessen Grenzen und gewisse Aspekte seiner Souveränität vorläufig sein werden, bis sie als Teil eines Endabkommens im Nahen Osten gelöst sein werden, unterstützen“. Alle Einzelheiten wie endgültige Grenzen, die Hauptstadtfrage und andere Aspekte staatlicher Souveränität sollen als Teil eines endgültigen Abkommens zwischen den Parteien ausgehandelt werden. Was dies im Einzelnen bedeutet, haben die letzten acht Jahre gezeigt. Die Rede des US-amerikanischen Präsidenten ist einseitig zugunsten von Israel ausgefallen. Bush erklärte nicht, wie der palästinensische Staat aussehen sollte. Er erwähnte auch nicht die Rolle des Quartetts bestehend aus den USA, der Europäischen Union, Russland und der UNO. Aus Bushs Rede kann nichts Positives entstehen; sie hätte auch von Ariel Sharon gehalten werden können. Der Chefredakteur der Wochenzeitung „Freitag“ schreibt völlig zu Recht: „Die Souveränität der Seychellen wäre gigantisch im Vergleich zu den Spielräumen eines solchen Staates Palästina.“<sup>5</sup> Gibt es für uns Palästinenser einen Ausweg aus diesem Dilemma?

Eine Wende zum Besseren ist nur dann zu erwarten, wenn Israel eine Kehrtwendung in Richtung eines „gerechten Friedens“ vollzieht. Dies beinhaltet die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat – und nicht einiger Bantustans –, das Ende der Landenteignungen und der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen, das Ende der Häuserzerstörungen, den Siedlungsstopp, die Freilassung aller Gefangenen, das Rückkehrrecht der Flüchtlinge in ihren eigenen Staat, die Anerkennung Ost-Jerusalems als die Hauptstadt eines unabhängigen Staates, das Ende der Abriegelung und der Kollektivstrafen, das Ende des Krieges

<sup>5</sup> Lutz Herden, Bush cancelt Arafat, in: Freitag vom 28. 6. 2002.

gegen das palästinensische Volk und die Anerkennung der Menschenrechte meines Volkes.

Ich bin allerdings der Meinung, dass die israelische Regierung jetzt leider hierzu nicht gewillt ist. Das bedeutet, dass wir, beide Seiten, Israelis und Palästinenser, nicht mehr im Stande sind, allein zu einer politischen Lösung zu gelangen. Daher ist es entscheidend, dass die Vereinigten Staaten, die Europäische Union, Russland und die Vereinten Nationen bei den weiteren Friedensbemühungen eng zusammenarbeiten und so schnell wie möglich eine internationale Konferenz einberufen, an der sich auch die arabischen Staaten, einschließlich Syrien und Libanon, beteiligen. Im Grunde genommen muss sich die Arbeit darauf konzentrieren, eine Friedensperspektive für die gesamte Region zu entwickeln. Nur so kann man Besatzung, Terror und Gewalt beenden. Es ist dringend nötig, dass die Menschen in Israel und Palästina endlich ein Leben ohne Angst und Not führen. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Palästinenser einen lebensfähigen und gleichberechtigten Staat neben Israel gründen können und die israelischen Streitkräfte sich auch von den 1967 besetzten Gebieten in Syrien und dem Libanon zurückziehen.

Nach acht Jahren „Friedensprozess“ ist von unseren Hoffnungen und Träumen nichts geblieben. Israel hat es versäumt, die historische Chance zu nutzen und einen gerechten Frieden mit dem palästinensischen Volk zu schließen und sich zugleich in den Nahen Osten als Partner zu integrieren. Die gesamte arabische Welt hat dem Land in Form des Planes des saudi-arabischen Kronprinzen Abdallah auf dem Arabischen Gipfeltreffen von Beirut Ende März 2002 die Hand zur Aussöhnung gereicht. Stattdessen setzt Israel weiter auf Hegemonie, Dominanz und Unterdrückung des palästinensischen Volkes. Ministerpräsident Sharon hat Israel in keinen Hort des Friedens verwandelt, sondern mit dem Mauerbau nach dem abschreckenden Beispiel der Berliner Mauer den Grundstein für weitere Trennung und Gewalt gelegt.

## Eine Mauer wird errichtet

Das israelische Verteidigungsministerium hat am 16. Juni 2002 mit dem Bau einer Mauer entlang der sogenannten „Nahtstelle“ zwischen dem Kernland Israel und den besetzten Gebieten in der Westbank begonnen. Diese faktische Feststellung ist mitnichten trivial. Denn was es mit dieser Mauer auf sich hat, hängt ganz davon ab, welche Funktion man ihr zuschreiben möchte. Soll sie „Sicherheit“ gewähren? Soll sie eine „Trennung“ von den Palästinensern bewirken? Gar eine „Lösung“ indizieren? Allein schon der Begriff „Mauer“ wäre in Israel anfechtbar. Denn während in der Tat ein teilweise meterhohes, aus schwersten Betonblöcken zusammengesetztes, kilometerlanges Hindernis entstehen soll, wird euphemistisch von „Zaun“ (*gader*) geredet. Nicht von ungefähr meint die israelische Journalistin Lilli Galili in der Tageszeitung Ha'aretz vom 17. Juni 2002: „Monate, nachdem der Begriff der Trennung den israelischen politischen Diskurs zu dominieren begonnen hat, besetzt ihn jeder Politiker und jede politische Richtung mit je eigenem Inhalt. Jene, die von Zaun reden, unterscheiden sich von denen, die einer Trennung das Wort reden, einer Position, die auch die Räumung von Siedlungen als notwendigen Bestandteil der Zaunerrichtung vorsieht.“

Aber selbst noch die Konzeption des „Zaunes“ weist unterschiedliche Bedeutungen auf: Während der israelische Verteidigungsminister Benjamin Ben-Eliezer lediglich von einem militärisch notwendigen „Sicherheitszaun“ spricht, mithin sich außenpolitisch bedeckt hält, wähnt der Rat der Siedler in der Westbank einen „staatspolitischen Zaun“, dem er sich aufs ausdrücklichste widersetzt, weil er ihn als die unzulässige potenzielle Grenzmarkierung zwischen Israel und einem künftigen Palästina deutet. Den Begriff des „parteilichen Zauns“ hat der ehemalige Arbeitspartei-Minister Yossi Beilin geprägt. Er hält die Mauer für eine skandalöse Geldverschwendung, die keinen anderen Zweck verfolge, als innerparteiliches Kapital herauszuschlagen, womit er seinen Parteikollegen Haim Ramon meint, der sich mit dem „Trennungs“plan profiliert hat und dem es nun die parteipolitische Vorherrschaft streitig zu machen gilt. Yossi Sarid, Oppositionsführer an der Spitze der Meretz-Partei, spricht gar sarkastisch von einem „Ben-Eliezer-gegen-Ramon-Zaun“. Beilin, zentrale Figur im Oslo-Prozess der neunziger Jahre, hält seinerseits nur *den* Zaun, der entlang der Grenze von 1967 verlief, für friedenspolitisch

wünschenswert – eine Einstellung, die mit der Position der palästinensischen Autonomiebehörde korrespondiert.

Für die Palästinenser wiederum stellt die Errichtung des Zaunes eine faktische Annullierung sämtlicher mit den Israelis getroffenen Abkommen, einschließlich des Oslo-Vertrags, dar. Dem palästinensischen Minister Saeb Erekat zufolge versucht Israel, durch die Errichtung des „Zaunes“ jene sich über 42 Prozent des palästinensischen Bodens erstreckende „Zwischenlösung“, von der Ariel Sharon bei seiner Amtsübernahme sprach, zu oktroyieren. Die geplante Mauer werde vor allem zur Abschnürung ganzer palästinensischer Dörfer führen, wobei außerdem landwirtschaftlich genutztes Land der Palästinenser beschlagnahmt worden sei, um den Plan der Mauererrichtung zu ermöglichen. Von „Apartheid-Politik“ spricht PLO-Chef Yassir Arafat.

Der Mauer-Diskurs nimmt sich paradigmatisch aus. Denn zum einen zeichnet er sich in der Tat durch eine gewisse Heterogenität der Positionen gegenüber dem politisch bestimmten Sicherheitsproblem aus, für welches man im Bau der Steinbarriere eine Lösung gefunden zu haben meint. Zum anderen fällt aber auf, wie sehr die Vorstellung der Errichtung einer Mauer zwischen dem alten Kernland Israel und dem, wovon man sich abzuschotten trachtet – ohne freilich den Okkupationszustand aufheben zu wollen –, diesen Diskurs dominiert bzw. als selbstverständlich hingenommen wird. Natürlich ist auch eine strikte Ablehnung dieser archaisch anmutenden Separationsmaßnahme vor allem durch Erklärungen diverser außerparlamentarischer Oppositionsgruppen – „Gush Shalom“ z. B. polemisiert gegen den „bösen Zaun“ –, aber eben auch seitens der parlamentarischen Meretz-Partei zu vernehmen. Es scheint indes, als manifestiere sich in den Stimmen dieser eher ohnmächtigen Minderheit gerade die Vorherrschaft des Mauer-Diskurses mit umso größerer Eindringlichkeit.

Wie ist dieser latente öffentliche Konsens, trotz anscheinender politischer Heterogenität, zu erklären? Wie hat man die nunmehr eingetretene Stagnation im so genannten „Friedensprozess“ zu verstehen, wenn auf israelischer Seite offenbar doch eine gewisse Vielstimmigkeit zu verzeichnen ist? Um dies beantworten zu können, ist es notwendig,

auf einige Momente der Friedensbestrebungen der neunziger Jahren und deren nunmehrigen Zusammenbruch einzugehen.

Das Oslo-Abkommen war ohne Zweifel ein politisches Ereignis, in welchem sich neue Möglichkeiten für eine friedensorientierte Regelung des Nahostkonflikts objektiv boten. Ob diese realen Möglichkeiten auch schon verwirklichtbar waren, darf nun aber nicht nur im Nachhinein bezweifelt werden. Zwar sprach man sowohl in Israel als auch in Palästina unentwegt vom Frieden, doch scheint man sich dabei „unterwegs“ auf keiner Seite wirkliche Rechenschaft darüber abgelegt zu haben, mit welchem „Preis“ ein solcher Frieden für beide beteiligten Seiten unweigerlich verbunden sein musste. Solange die künftig auszuhandelnden Dinge noch im Unbestimmten belassen wurden, konnte man sich mehr oder minder aufs „Zukünftige“ verlegen. Aber schon die Ermordung Rabins indizierte, dass sich die künftige Friedenperspektive für viele Israelis keineswegs mit positiven Visionen, sondern eher mit dem ideologisch unterfütterten Trauma eines regelrechten „Verrats am Zionismus“ oder doch zumindest mit (wie immer unbestimmten) Zukunftsängsten verband. Auf palästinensischer Seite hatte man mit der am 15. November 1988 erfolgten Anerkennung des Staates Israel letztlich ein gravierendes Erbteil des über Jahrzehnte aufrechterhaltenen Nationalmythos endgültig aufgegeben, erwartete dafür nun aber handfeste Kompensation im Bereich des Übriggebliebenen. Als man sich dann den zentralen Streitpunkten des Konfliktes zuwandte, und zwar in Camp David als Kulminationspunkt, wurde klar, dass die endgültige Regelung des Konflikts auf beiden Seiten an neuralgische Punkte rührte, über die man jahrelang stillschweigend hinweggegangen war. Dieser Tatsache ist es teilweise geschuldet, welche viele Israelis in die Regression und zahlreiche Palästinenser in den verzweifeltsten Gewaltkampf stürzte.

Dabei zeichneten sich die neunziger Jahre durch erkennbare Strukturen der Annäherung in diversen Bereichen aktueller und künftiger Koexistenz aus. Zu fragen ist gleichwohl, inwieweit man dabei auch eine politische Praxis schuf, die darauf angelegt war, handfeste Probleme zu lösen und historisch entstandene Verzerrungen friedensorientiert regeln zu können. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, wie sehr die jüdische Besiedlung der Westbank gerade in den Jahren des Oslo-Prozesses (und zwar unter *allen* israelischen Regierungen) expandierte, um zu verstehen, dass das entstandene Vertrauen aus Sicht der Palästinenser objektiv missbraucht, ja regelrecht verraten wurde. Nicht von ungefähr gab es sowohl in Israel als auch in Palästina Stimmen, die von einer „Perpe-

tuierung der Okkupation mit friedlichen Mitteln“ sprachen. Das Machtverhältnis zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde ist asymmetrisch. Für viele Palästinenser war besagter Missbrauch des allmählich sich herausbildenden Vertrauens nicht nur ein handfester Vertrauensbruch, sondern die zynische Fortführung einer zu bekämpfenden Ausübung israelischer Herrschaft. Was da zu viel oder zu wenig erwartet worden sein mag, bemisst sich letztlich an den Absichten und der umgesetzten Praxis der jeweiligen Handlungsträger.

Viel wird dabei von der Diskrepanz zwischen dem „demokratischen“ Israel und dem in „vordemokratischen“ Strukturen verharrenden (bzw. „demokratieunfähigen“) Palästina räsoniert. Was die Palästinenser anbelangt, können an sie im momentanen Zustand ihrer fortbestehenden, brutalen Unterdrückung keine oder doch eher nur beschränkte demokratische bzw. zivilgesellschaftliche Erwartungen gerichtet werden. Sie befinden sich in der historischen Phase ihres nationalen Befreiungskampfes; Probleme ihrer gesellschaftlichen Konsolidierung müssen (von ihrer Warte aus gesehen) entsprechend vertagt werden. Im Fall der nun schon seit Jahrzehnten sich herausbildenden israelischen Gesellschaft liegt das Demokratie-Problem indes ganz anders: Alle bereits in der Ideologie des klassischen Zionismus angelegten Widersprüche und Aporien haben sich mittlerweile zu deutlich erkennbaren sozialen und kulturellen Konfliktachsen verfestigt. Gleichwohl haben beide Kollektive das eine gemeinsam: Die Lösung der je eigentümlichen inneren Probleme ist durch die Erlangung eines dauerhaften äußeren Friedens bedingt. Das ist eine existenzielle Notwendigkeit für beide Seiten; entsprechend wird wohl der Frieden früher oder später kommen, wenn man keinen apokalyptischen Horrorvisionen anhängen will. Fraglich nur, wie viele Stationen der Gewalt und des Schreckens dabei noch durchquert werden müssen. Und über das „müssen“ kann gegenwärtig nur spekuliert werden.

Als Arafat im September 2000 die zweite Intifada begann, stellten sich viele israelischen Linke die Frage, ob es sich dabei um eine Gewalttaktik mit Friedensstrategie handle. Die allermeisten von ihnen gingen davon aus, dass dem so sei, wobei als Grund die nach den gescheiterten Camp-David- und Taba-Gesprächen entstandene Sackgasse angeführt wurde. In der Tat ist es so, dass Arafat die in diesen Gesprächen erzielten Abmachungen schlecht hätte seiner eigenen Bevölkerung verkaufen können. Denn gemessen daran, dass es sich um die finalen Gespräche zur endgültigen Beilegung des Konflikts handelte, waren die von den Israelis gemachten Angebote zwar „generöser“ als alle je

zuvor offerierten, aber eben nicht hinreichend. Ganz anders verhält es sich mit der israelischen Seite, zumindest seitdem Sharon an die Regierungsspitze gelangt ist. Denn mit Sharon repräsentiert heute derjenige die israelische Politik, der den Palästinensern gegenüber schon seit Jahrzehnten eine unzweideutige Gewaltpolitik betreibt: Er wollte sie schon immer niederkämpfen, die Autonomiebehörde zerschlagen, Arafat liquidieren bzw. politisch lahmlegen. Er hat stets die Siedlerbewegung in der Westbank protegiert, die Siedlungsinfrastruktur vorangetrieben und die damit einhergehende Politik der territorialen Kompromisslosigkeit vertreten. Für Sharon, so will es zuweilen scheinen, konnte nichts Besseres passieren als die momentan hereinbrechende Gewalt. Er darf nun endlich das vollziehen, was ihm im Libanon-Krieg versagt blieb.

Sobald die Geschehnisse in der Westbank als *Krieg* apostrophiert wurden, stellte sich bei vielen Israelis der traditionelle Reflex der nationalen Loyalität im „Ausnahmestand“ ein. Man sammelte sich gleichsam um das mythische Stammesfeuer. Man darf sich durch die Zahl der Reservisten, die den Dienst in den besetzten Gebieten verweigert haben, nicht täuschen lassen. Es war eine eher verschwindende Minderheit, gemessen an der großen Masse von Reservisten, die den „Kriegsdienst“ bereitwillig angetreten haben. Solange die Propaganda ihre Wirkung tat (und offenbar noch immer tut), es handle sich bei Israels Militärunternehmungen in den besetzten Gebieten um einen „Krieg gegen den Terror“ bzw. um einen „Krieg ums eigene Heim“, kommt Sharons Politik den „von den Palästinensern desillusionierten“ Israelis als durchaus adäquat vor.

Dabei hat sich die revisionistische Großisrael-Ideologie in den neunziger Jahren mehr oder minder überlebt. Das dürfte selbst einem Ariel Sharon bewusst sein. Dafür gibt es in der israelischen Gesamtbevölkerung nun wahrlich keine mehrheitsfähige Unterstützung mehr. Daraus ist freilich mitnichten zu schließen, dass Sharon nun bereit wäre, die Siedlungen in der besetzten Westbank abzubauen und die Gebiete an die Palästinenser zurückzugeben. Worum es ihm zur Zeit geht, ist die Erhaltung des Status quo, ohne ein sichtbares Ziel über den bestehenden Zustand hinaus zu verfolgen. Das lässt in der Tat den Verdacht aufkommen, dass es Sharon eher um Machterhalt (und um die Profilierung seinem Parteirivalen Benjamin Netanyahu gegenüber) als um das von ihm versprochene Ziel „Frieden und Sicherheit“ geht. Keines der beiden Ziele hat seine Politik bislang erreicht, und sie konnte es letztlich auch nicht: Denn das, was Sharon sich unter „Frieden“ vorstellt, kann von den Palästinensern unter keinen

Umständen akzeptiert werden – was zugleich bedeutet, dass es so eben auch keine Sicherheit geben kann.

Das hier umrissene Problem zeigte sich aber nicht erst unter Sharon. Wie bereits erwähnt, war Ehud Baraks Angebot „großzügiger“ als irgendein von einem israelischen Politiker jemals zuvor gemachtes, aber eben nicht „großzügig“ genug. Denn gerade, weil es sich um die finale Beilegung des Konflikts handelte (und zwar von Barak selbst in diese Richtung forciert), ging es folglich in den Verhandlungen um die allerletzten Dinge, die man über Jahre teilweise ausgeklammert hatte. Es sollte sich herausstellen, dass ohne eine fast vollständige Räumung der israelischen Siedlungen auf der Westbank und im Gaza-Streifen, ohne eine nahezu komplette Rückgabe dieser Territorien an die Palästinenser, ohne eine Regelung der Jerusalem-Frage im Sinne einer Zwei-Staaten-Lösung und ohne eine, wenn schon nicht praktisch vollziehbare, so doch zumindest symbolische Anerkennung des Rückkehrrechts der 1948 geflohenen bzw. vertriebenen palästinensischen Flüchtlinge kein Frieden möglich war. Arafat hätte eine Endstatuslösung, die diese Punkte nicht einigermaßen zufrieden stellend für die Palästinenser erfüllt hätte, seinem Volk nicht verkaufen können. Die Palästinenser hatten (aus ihrer Perspektive) Israel bereits im Jahre 1988 anerkannt, mithin auf 78 Prozent dessen, was sie als ihre Heimat ansahen, verzichtet. Sie hatten (wiederum aus ihrer Perspektive) nicht sehr viel Verhandlungsspielraum. Was für sie das Mindeste war, erwies sich freilich als zu viel für die israelischen Verhandlungspartner.

Welche innergesellschaftliche Funktion die Perpetuierung der Konfliktsituation auf palästinensischer Seite auch immer erfüllen mag, auf israelischer Seite ist eine kausale Beziehung zwischen dem inneren Zustand der zutiefst zerrissenen Gesellschaft und der (sei es auch nur vorbewusst betriebenen) Beibehaltung des Konfliktzustands gegenüber dem äußeren Feind zumindest denkbar. Man rettet sich gleichsam mit dem „Sicherheitsproblem“, durch die Ideologisierung der (in sich freilich realen) militärischen Herausforderung über die inneren Konflikte hinweg. Die militärische Eskalation kann aber nichts retten, sondern höchstens die Auseinandersetzung mit den inneren Konfliktpotenzialen zeitweilig aufschieben. Denn sobald sich der „äußere Druck“ gelegt haben wird, werden diese unterschwellig schwelenden Konflikte wieder an die Oberfläche gelangen, um die politisch-soziale Tagesordnung Israels mit umso größerer Vehemenz zu beherrschen. Dabei handelt es sich nicht nur um die Konfrontation mit der nunmehr schon Jahrzehnte währenden Diskriminierung der arabischen Bürger des Landes bzw.



um die „Integration“ der aus der ehemaligen Sowjetunion eingewanderten Neubürger, sondern in nicht geringerem Maß um die längst fällige Auseinandersetzung mit den immensen sozialen Spannungen, mithin mit dem israelischen „Klassenproblem“: mit den sich zuspitzenden ethnischen, nicht nur durch Kulturfragen hervorgerufenen Spannungen zwischen aschkenasischen und orientalischen Juden sowie dem sich verschärfenden Konflikt zwischen religiösen und säkularen Juden und der damit einhergehenden grundsätzlichen Klärung des Verhältnisses von Staat und Religion. Das alles ist durch die kriegerische Auseinandersetzung mit den Palästinensern ja nicht obsolet geworden, sondern nur zeitweilig in den Hintergrund getreten. Es wartet nur auf die Gelegenheit, wieder voll ausbrechen zu können.

Zur Zeit sieht es düster im Nahen Osten aus. Der Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern, wie er sich seit Beginn der neunziger Jahre infolge der Oslo-Abkommen entfaltete, ist nun endgültig ad acta gelegt. Nach dem Scheitern der Camp-David- und Taba-Verhandlungen und der damit einhergehenden Gewalteskalation in der zweiten palästinensischen Intifada ist man nunmehr in eine Sackgasse geraten, von der niemand recht weiß, was sie noch in sich birgt, vor allem aber, wie man aus ihr herauskommt. Eine von den Schrecknissen der palästinensischen Selbstmordattentate gebeutelte israelische Gesellschaft hat einen merklichen (auch sozialpsychologischen) Rechtsdrall erfahren – viele, sehr viele „wollen den Krieg“, fordern eine rigoros-konsequente Bekämpfung „der Palästinenser“. Die brutale Rückeroberung der palästinensischen Städte in der Westbank unter dem Vorwand der „Zerschlagung des Terrors“ hat de facto die Machtapparate der palästinensischen Autonomiebehörde, mithin Arafats politische Aktionsfähigkeit, nahezu vollends eliminiert, oder zumindest doch lahmgelegt.

Als einziger „Sieger“ aus dieser Entwicklung geht Israels Premierminister Ariel Sharon hervor: Zum einen hat er sich gegenüber seinem Rivalen Benjamin Netanyahu, welcher ihm die politische Partei- und Regierungsführung streitig zu machen trachtet, brachial profiliert. Zum anderen hat er aber nun „endlich“ das praktizieren dürfen, was schon seit Jahrzehnten sein eigentliches Anliegen ist (und das letzte Mal, freilich unter anderen Bedingungen, in die Katastrophe des Libanon-Krieges von 1982 mündete): die Palästinenser niederzukämpfen, ihre Führung zu zerschlagen und den Fortbestand des Okkupationregimes zu garantieren, notfalls unter Vollzug eines massiven Bevölkerungstransfers der Palästinenser. „Die Zerschlagung des Terrors“ ist, so besehen, nichts als perfide Ideologie, solange die eigentlichen Ursachen des

Terrors, mithin die nunmehr Jahrzehnte währende israelische Okkupation und die systematische Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung, nicht beseitigt werden. Genau daran ist es Sharon aber nicht gelegen. Der Terror wird, in der Logik seiner Gewaltpolitik, hingenommen, wenn nur die Westbank-Siedlungen unangetastet bleiben. Und diese müssen unangetastet bleiben, weil Sharon sonst seine politische Macht sofort verlöre. Das treueste politische Hinterland Sharons befindet sich ja in der Siedlerbewegung.

Wenn nun aber Sharon und große Teile seiner Koalitionsregierung ein eigenes politisches Interesse an der Fortsetzung der Gewalt haben, was bewegt den größten Teil der jüdisch-israelischen Bevölkerung dazu, ihn zu unterstützen? Wenn doch den allermeisten Israelis klar sein muss, dass es keine militärische Lösung für die Ausmerzung des Terrors geben kann, vielmehr davon ausgegangen werden muss, dass die Zerschlagung der palästinensischen Infrastruktur nur den Boden für gesteigerten Hass, größerer Verzweiflung und massiveren Terror auf palästinensischer Seite nährt: Wie kommt es dann, dass man Sharons Gewaltpolitik hinnimmt, sie gar – vielerorts mit Begeisterung – unterstützt? Die Antworten auf diese Fragen variieren. Von größerem Zusammenhalt angesichts äußerer Bedrohung ist die Rede, von deformiertem Bewusstsein infolge einer seit Jahrzehnten von Unterdrückung und Gewalt durchwirkten Alltagsrealität, von unüberwundenen historischen Traumata, von israelischer militaristischer Mentalität, von zunehmender regressiver Depolitisierung der Öffentlichkeit und dergleichen. Alle diese Faktoren haben zweifellos eine gewisse Wirkung auf das besagte Phänomen. Hier soll aber noch ein bislang unterbelichtet gebliebener, seinem Wesen nach freilich eher im Bereich von Vorbewusstem liegender Aspekt kurz angerissen werden.

Israel (bzw. die jüdisch-israelische Bevölkerung und mit dieser auch der Zionismus) ist an einem historischen Scheideweg angelangt, der es vor ein Dilemma stellt, das sich wie die Forderung einer Entscheidung zwischen Skylla und Charybdis ausnimmt:

Israel kann beschließen, im Rahmen einer endgültigen Friedensregelung die besetzten Gebiete zu räumen und die Siedlungen abzubauen. Man kann auch davon ausgehen, dass der allergrößte Teil der Siedler sich dem von der Regierung verordneten Räumungsbeschluss fügen würde. Es würde aber schon ausreichen, wenn sich eine Minderheit von mehreren Hunderten oder gar Tausenden Hardlinern der Räumung konsequent widersetzte, wodurch der Staat herausgefordert wäre, sein



Gewaltmonopol gegenüber diesen radikalen Siedlern durchzusetzen; käme es bei dieser Aktion zu blutigen Auseinandersetzungen, bei der „Juden auf Juden“ schießen (eine für viele in Israel kaum auszuhaltende Vorstellung), so könnte es zu einem möglichen Bürgerkrieg kommen.

Israel kann hingegen beschließen, die besetzten Gebiete unter keinen Umständen räumen zu wollen – sei es, weil eine Siedlungsinfrastruktur angelegt worden ist, die einen letztlich irreversiblen Zustand geschaffen habe, wie der linksliberale kritische Beobachter Meron Benvenisti seit Jahren schon behauptet, sei es, weil der Anspruch auf die Gebiete – unter militärisch-sicherheitspolitischen oder auch religiös-theologischen Aspekten erhoben – im letzten Fall gar als unumstößliches Postulat deklariert wird. Diese auf der politischen Linken diagnostizierte bzw. von rechts geforderte Beibehaltung des Okkupationszustandes impliziert letztlich mit der dauerhaften Präsenz von Israelis in der Westbank die objektive Schaffung einer binationalen Struktur. Sie kann von den Palästinensern als solche abgewiesen werden, wodurch der Dauerkonflikt zur Norm der Koexistenz erhoben würde (samt der damit einhergehenden Gefahr für die israelische Zivilgesellschaft). Sie kann von den Palästinensern, die langfristig auf eine absehbare Veränderung des demographischen Mehrheitsverhältnisses zu ihren Gunsten setzen, aber auch angenommen werden, gar unter der Bereitschaft, die israelische Staatsbürgerschaft anzunehmen.

Schließt man die extremste Variante eines massiven Bevölkerungstransfers aus – ein Szenario, das seiner inneren Logik nach zwangsläufig in einen regionalen Krieg mit unabsehbaren Folgen für alle beteiligten Parteien hinauslaufen müsste –, bedeuten die beiden hier aufgezeigten polaren Handlungsmöglichkeiten in letzter Konsequenz entweder die innere oder eine „von außen“ bewirkte Auflösung des zionistischen Projekts. Es ist fraglich, ob viele Israelis dies deutlich vor Augen haben, wie es ebenso fraglich ist, ob sich der größte Teil der israelischen Bevölkerung jemals Rechenschaft darüber abgelegt hat, welchen Preis er für einen wahrhaften Frieden zu zahlen bereit ist. Ohne sich aber über diese geschichtliche Wende- und Entscheidungssituation klar geworden zu sein, verharrt man allenthalben in der Lähmung einer eher vorbewussten Ahnung – unfähig zur politisch mündigen Tat, psychisch dafür umso bereiter, sich den leeren Versprechungen eines „starken Mannes“ hinzugeben. Es ist die Zeit der Lemminge.

Unter diesem Gesichtspunkt nimmt sich die Mauererrichtung in der Tat paradigmatisch aus. Denn sie verheißt nicht nur „Sicherheit“, ohne ernsthaft

zu meinen, dass man mit ihr im Kampf gegen den palästinensischen Terror wirkliche Sicherheit erlangen könne, sondern sie ermöglicht darüber hinaus auch die Aufrechterhaltung der Illusion, die Palästinenser losgeworden zu sein, ohne jedoch die Besetzung ihrer Gebiete aufgehoben zu haben. Mit „To eat the cake and have it“ pflegen die Amerikaner eine solche mentale Disposition zu benennen, bei der sich Größenwahn und manifeste Entscheidungsunfähigkeit vermengen. Auch wenn dabei Gesinnungen und Einstellungen gegenüber diesem Bauwerk variieren mögen, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die allermeisten am Mauer-Diskurs beteiligten jüdischen Israelis real die „Trennung“ von den Palästinensern herbeisehnen. Es handelt sich dabei freilich um eine infantil anmutende Wunschvorstellung, bei der die Verantwortung für die real mögliche Lösung des blutigen, tragischen Konflikts, mithin die praktische Schaffung von Strukturen künftiger Koexistenz an einen hoffnungsarmen Fatalismus („Die Welt ist gegen uns“, „Man wird das Schwert in aller Ewigkeit tragen müssen“) bzw. eben an die materielle Verdinglichung der Hoffnung in der Form einer Mauer delegiert wird.

Die Journalistin Lilli Galili schreibt: „Die Peace-Now-Bewegung hat sich vorläufig auf keine Position festgelegt. Ein Teil ihrer Mitglieder deutet die Errichtung des Zauns in der Nähe der Grünen Linie als einen Akt, der die 67er Grenze de facto bezeichnet, dabei aber auch zur Sicherheit beiträgt; andere sehen in der unilateralen Trennung die Fortsetzung der Ignorierung des palästinensischen Partners und seiner Bedürfnisse. Und dennoch begreifen viele im Friedenslager die Errichtung des Zaunes als Erfolg im Kampf um das Bewusstsein der Grenzen von 1967, genau jenen Erfolg, vor dem man sich in der Nationalreligiösen Partei und beim Siedlerrat der Westbank fürchtet.“ Für diese Beschreibung spricht einiges. Bezeichnend bleibt aber vor allem die von Galili nebenbei thematisierte Entschlossenlosigkeit der mächtigsten unter den israelischen Friedensbewegungen: Wohl wird viel und heterogen gedeutet, aber die Errichtung der Mauer wird als Realität hingenommen, ohne dass sie die (schon seit langem nur noch überwinternde) außerparlamentarische Opposition zur wirkmächtigen politischen Aktion anzutreiben vermöchte. Immerhin trage ja der Mauerbau „zur Sicherheit“ bei. Eine bessere (außerparlamentarische) Opposition könnte sich Sharon kaum wünschen. Es gab indes Zeiten, in denen sich die Opposition eine ganz andere Regierung als die Sharons gewünscht hat. Nicht ganz ausgemacht ist, ob diese Zeiten mit dem untergegangenen Friedensprozess endgültig vergangen sind.

Suleiman Abu Dayyeh

# Das besetzte Palästina zwischen Macht und Gerechtigkeit

Der Beitrag der Zivilgesellschaft in Palästina zur Lösung des Nahostkonflikts

Mit der Wiederbesetzung der Stadt Hebron befinden sich seit dem 25. Juni 2002 alle palästinensischen Städte der Westbank erneut unter der totalen Kontrolle der israelischen Armee, mit Ausnahme der im Jordangraben liegenden Kleinstadt Jericho. Auch der größte Teil der ländlichen Gebiete der Westbank ist entweder besetzt oder steht seit Wochen unter einer Ausgangsperre, die immer nach einigen Tagen nur für mehrere Stunden aufgehoben wird. Damit befinden sich zwei Millionen Palästinenser im Würgegriff der israelischen Armee, die die palästinensischen Gebiete in über 80 Kantone ohne direkte Verbindungen zueinander aufgeteilt hat.

Die am 29. März 2002 begonnene Operation „Schutzwall“ der israelischen Armee unter dem Vorwand der „Bekämpfung des Terrors“ bedeutet die faktische Annullierung der Osloer Verträge von 1993. Diese Auflösung der Verträge und die Entbindung Israels aus deren Verpflichtungen war schon immer Ziel und die Strategie des rechtsnationalen Lagers in Israel. Seit der Übernahme der Regierung durch Ariel Sharon im Februar 2001 wurde sie offizielle Regierungspolitik. Von Beginn an lehnte Ministerpräsident Sharon die Entstehung eines Palästinenserstaates in den Grenzen des 5. Juni 1967 ebenso ab wie die Forderungen der internationalen Gemeinschaft nach einem Siedlungsstopp und der Einstellung der Politik der Landenteignung. Außerdem hat er eine Verhandlungslösung mit der Palästinensischen Nationalbehörde (PNA) und deren Präsidenten Yassir Arafat von Anfang an kategorisch zurückgewiesen. Bis zum heutigen Tag versucht Sharon, die Machtbasis Arafats mit dem Ziel zu untergraben, ihn aus Palästina zu vertreiben. Inzwischen ist Sharon sogar so weit gegangen, die Absetzung Arafats und die Durchführung von internen Reformen der PNA nach israelischen Vorstellungen zur Vorbedingung von politischen Gesprächen zu machen.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass man nicht Ursache und Wirkung verwechseln darf: Nicht der Widerstand der Palästinenser gegen die Besetzung ist die Ursache der Gewalt, sondern die brutale israelische Besetzung selbst. Der Zusammenbruch des Friedensprozesses nach

dem Scheitern der Verhandlungen in Camp David, die Einstellung der Erfolg versprechend geführten Gespräche im Januar 2001 im ägyptischen Badeort Taba auf Anweisung des damaligen Ministerpräsidenten Ehud Barak sowie der Wechsel der israelischen Regierung führten zu einer Eskalation und zu einer Brutalisierung unvorstellbaren Ausmaßes. Im Judentum gibt es einen Lehrsatz, der diese Situation und ihre Folgen trefflich beschreibt: *Wo es keine Gerechtigkeit gibt, gibt es auch keinen Frieden*. Die hinter den Osloer Verträgen stehenden Ideen – vor allem die Auffassung, dass Israel einen Friedensvertrag aushandeln kann, während das Land gleichzeitig weiter ein Besatzungsregime ausübt – haben sich als Trugschluss erwiesen.<sup>1</sup>

Der Wendepunkt in der Entwicklung kann nicht auf einen Beschluss der palästinensischen Seite zurückgeführt werden, sondern hängt mit dem Regierungswechsel in Israel zu Gunsten einer Partei und eines Ministerpräsidenten zusammen, der seit Beginn des Friedensprozesses ein erklärter Gegner dieses historischen Prozesses gewesen ist. Sharon wollte Oslo und die damit verbundenen Verträge begraben. Das Ziel der israelischen Regierung und der Armee zeichnete sich seit der Regierungsübernahme vor mehr als einem Jahr deutlich ab: Alle aus dem Osloer Vertrag entstandenen Institutionen und Souveränitätsmerkmale der PNA, einschließlich der mit massiver internationaler finanzieller und technischer Unterstützung aufgebauten Wirtschaft, sollten zerstört werden, um die Palästinenser gefügig für eine „Friedensregelung“ nach den Vorstellungen des rechtsnationalen Lagers zu machen. Diese Kräfte warfen Rabin, Peres und nicht zuletzt Barak Verrat am jüdischen Volk und an den zionistischen Idealen der Gründergeneration vor. Sharon nutzte einen folgenschweren Fehler der Palästinenser aus, die es versäumten, zwischen den Formen des zivilen Ungehorsams sowie des friedlichen Protests einerseits und den bewaffneten Auseinandersetzungen andererseits einen deutlichen Trennungsstrich zu ziehen, um die Westbank und den Gaza-Streifen wieder zu besetzen. Sharon war schon immer ein

<sup>1</sup> Vgl. Shamai Leibowitz, Ein israelischer Offizier antwortet Präsident Bush, in: Znet vom 27. Juni 2002.

Befürworter direkter Kontrolle über die Palästinenser. Im Rahmen des „Anti-Terror-Krieges“ und breiter Unterstützung in Israel sowie durch die USA zur Erreichung seiner Ziele verfolgte er zielstrebig seine Strategie: Jede neue Gewaltwelle rechtfertigte eine neue Invasion, die immer tiefer, brutaler und längerfristiger war. Diese Strategie scheint auch nach Ansicht des israelischen Strategen Jossi Alpher jedoch nicht aufzugehen: Jede neue und heftige israelische Reaktion auf einen palästinensischen Anschlag verfehle ihr Ziel, da ihre Absicht, durch Abschreckung und Bestrafung die Palästinenser zu einem Richtungswechsel in ihrer Strategie zu zwingen, nicht aufgehe. Das Gegenteil sei der Fall: Mit jeder neuen Aktion der Israelis schaffe man neue Selbstmordattentäter.<sup>2</sup>

Der provozierende Auftritt Ariel Sharons am 28. September 2000 auf dem Haram el-Sharif (Tempelberg) löste eine Spirale tödlicher Gewalt aus. In den ersten sechs Monaten der Intifada, also noch unter der Regierung von Barak, starben Hunderte von Palästinensern. Israels Polizei erschoss sogar 14 israelische Palästinenser bei einer Demonstration im Oktober 2000 in Nazareth. Erst die systematische Ermordung angeblicher palästinensischer „Terroristen“ durch Autobomben, Angriffe aus Apache-Kampfhubschraubern und durch gezielte, verdeckte Geheimdienstaktionen israelischerseits in den palästinensischen Ortschaften brachte die tatsächliche Wende in den Auseinandersetzungen. Die extremistischen islamischen Kräfte nahmen die Strategie der Selbstmordattentate gegen Zivilisten und Militärs im Kernland Israel und nicht mehr nur in den palästinensischen besetzten Gebieten gegen Militärs und Siedler wieder auf. Aus Angst vor Populäritätsverlust hat sich sogar ein Flügel von Arafats Hausmacht – der Fatah-Bewegung – verselbstständigt und begann – wie die oppositionellen Islamisten und andere links orientierte Organisationen – mit den mörderischen Selbstmordattentaten.

Diese Form der Gewalt ist eine relativ neue Erscheinung im palästinensisch-israelischen Konflikt. Sie ist aus dem Gedanken des Opfertums für Gott und den Zielen und den Interessen des Islams geboren. Unter moslemischen Gelehrten ist diese Form der Interpretation des Opfertums allerdings höchst umstritten. Eine Befürwortung bzw. Ablehnung hängt weitgehend davon ab, wie treu bzw. ablehnend ein Gelehrter sich dem politischen System und seinem autoritären Herrscher in einem arabischen oder islamischen Staat gegenüber verhält.

2 Vgl. Jossi Alpher, Eine israelische Sicht. Die Rechnung für die Gewaltanwendung, zit. in: (www.bitterlemons.org) vom 3. Juli 2002.

Im palästinensischen Kontext lehnen der PNA nahe stehende Gelehrte diese Form des Widerstands ab. Die Gelehrten aus dem islamistischen Lager rechtfertigen hingegen diese Form der Gewaltanwendung als ein legitimes Mittel gegen einen militärisch überlegenen Feind. Die zivilen Opfer werden in Kauf genommen, da dies als ein Racheakt für die palästinensischen zivilen Opfer gedeutet wird, die Israel ebenso bewusst tötet oder deren Tötung von Israel als unvermeidbare Konsequenz des militärischen Kampfes mit einkalkuliert wird.<sup>3</sup>

### **Israel bestimmt die Kriterien des Krieges und des Friedens**

Die Enttäuschung der Palästinenser über den Westen und insbesondere über die USA mit ihrer Doppelmoral und ihren Doppelstandards in der Durchsetzung internationalen Rechts in Bezug auf den Palästinakonflikt sitzt tief und fördert anti-amerikanische und antiwestliche Stimmungen im arabisch-islamischen Raum. Diese Haltungen dienen der antiwestlichen Agitation und haben einen starken Mobilisierungseffekt für die islamistischen Kräfte.

Wenn israelische Panzer und F-16-Kampfbomber zivile Ziele in dicht besiedelten Städten oder Lagern angreifen, gilt dies als legitime Selbstverteidigung. Wenn israelische Belagerungs- und Abriegelungsmaßnahmen monate- oder sogar jahrelang palästinensische Ortschaften in riesige Gefängnisse und Gettos verwandeln, das wirtschaftliche und öffentliche Leben lahmlegen, soziale und humanitäre Organisationen an der Erfüllung ihrer Arbeit hindern und ein ganzes Volk in die völlige Armut getrieben wird, so fällt es sehr schwer, diese Aktionen als notwendige, unvermeidbare Sicherheitsvorkehrungen anzusehen. Weil Israel ein Staat ist, der sich offensichtlich über das Völkerrecht stellen und alle UNO-Resolutionen, die den Konflikt betreffen, ohne Konsequenzen ignorieren darf, gesteht die westliche Staatengemeinschaft ihm auch das Recht auf die militärische Durchsetzung seiner nationalen Interessen zu.<sup>4</sup> Aber wenn sich junge Palästinenser aus totaler Perspektivlosigkeit sowie religiöser und politischer Agitation heraus in einer letzten „Kampfhandlung“ mitten unter unschuldigen Israelis in die Luft sprengen, so wird das zwar mit Recht Terrorismus genannt, aber die Verantwortung für diese wahnsinnige Tat wird von Israel mit der Zustimmung oder zumindest Duldung des

3 Vgl. Salim Tamari, Eine palästinensische Sicht. Welche Form des Widerstandes? (arabisch), in: (www.bitterlemons.org) vom 3. Juli 2002.

4 Vgl. Victor Koher, in: Neue Zürcher Zeitung vom 30. Mai 2002.

moralisch „unantastbar“ dastehenden Westens dem ganzen palästinensischen Volk aufgebürdet. Das ganze Volk wird mit einer Kollektivstrafe belegt für die Aktionen Einzelner.

Sowohl in Palästina als auch in Israel gibt es politische Gruppierungen, die sich gegen eine für beide Seiten akzeptable Kompromisslösung auf der Basis zwei Staaten für zwei Völker in den Grenzen von 1967 wehren. Auf beiden Seiten ziehen diese Gruppen eine gewaltsame Lösung vor. Sie berufen sich auf politische Strategien, deren Grundlage eine überholte, die politischen Realitäten verkennende ideologisch-religiöse Rechtfertigung ist. Slogans wie: „Wir sind das auserwählte Volk Gottes“ oder: „Gott hat uns das Land Israel versprochen“ auf der jüdischen Seite, oder: „Wir sind die edelste Nation, die Gott der Menschheit gegeben hat“ auf der islamischen Seite erschweren den Weg der Versöhnung und des Ausgleichs für die Realisten und Pragmatiker auf beiden Seiten.

Der eine Unterschied bei dieser Betrachtung liegt darin, dass auf der israelischen Seite diejenigen, die diese Meinung vertreten, die Regierungsmacht in Israel innehaben. Dagegen stellen die Anhänger jener Sichtweise in Palästina eine Minderheit dar und sind in der politischen Opposition zu finden.<sup>5</sup> Der zweite Unterschied besteht darin, dass die Gewaltanwendung durch Israel dem Ziel der Zementierung der illegal besetzten palästinensischen Gebiete und der militärischen Niederkämpfung der Widerstandsbewegung dient sowie der „Disziplinierung“ bzw. „Gefügigmachung“ der „unbelehrbaren“ Palästinenser, wohingegen die Palästinenser den Einsatz von Gewalt als ein Instrument unter vielen anderen zur Beendigung dieser Fremdherrschaft betrachten sowie als Rache für die ihnen aufgezwungene Entmündigung und Entrechtung. Aber beide Lager können als Opponenten jeglichen Friedensprozesses angesehen werden.

### **Palästinenser zwischen „Terrorismus“ und „Befreiung“**

Seit einiger Zeit wird in Palästina eine kontroverse Debatte um die Selbstmordattentate gegen Zivilisten in Israel geführt. Vorab sei klargestellt: Diese terroristischen Attacken, gleich, ob sie sich gegen israelische oder palästinensische Zivilisten richten, sind zutiefst verabscheuungswürdig. Sie sind ethisch unhaltbar und durch nichts zu rechtfertigen. Es trifft aber auch zu, was der israelische Offizier und Wehrdienstverweigerer Shamei Leibowitz sagte: „Keine noch so große Verdammung dieser

5 Vgl. Ghassan Khatib, Eine palästinensische Sicht. Die Botschaft des israelischen Volkes (arabisch), in: (www.bitterlemons.org/Arabic/issue) vom 3. Juli 2002.

Selbstmordattentate wird sie stoppen. Was Bush anscheinend nicht begreift ist, dass diese Attentate Resultat . . . der Demütigung des palästinensischen Volkes sind. Bush und seine Berater schaden uns unendlich, indem sie einfach nicht einsehen wollen, dass nur ein sofortiges Ende der israelischen Okkupation ein sofortiges Ende des Palästinenser-aufstandes bewirken kann.“<sup>6</sup> Es geht darum, dass die Herrschaftsverhältnisse in diesem Kontext entscheidend geändert werden müssen. Der Besatzer muss aufhören, Besatzer zu sein, und der Besetzte muss befreit werden.

Das Bewusstmachen der Realitäten und die Veränderung des Bewusstseins der Beteiligten reicht schon lange nicht mehr aus. Die Realität der Okkupation muss ein Ende haben, damit sind u. a. auch die Grenzposten gemeint, die schwangere Frauen nicht passieren lassen, die dann ihre Kinder verlieren.<sup>7</sup> Von diesen und anderen Schicksalen gibt es Tausende, die mit Sicherheitsfragen nichts zu tun haben.<sup>8</sup>

Umso interessanter ist die Tatsache, dass die Opposition gegen die Selbstmordattentate in der palästinensischen Gesellschaft zunimmt. Obwohl in den letzten zwölf Monaten für diese Attacken ein gewisses Verständnis selbst bei Friedensbefürwortern oder bei Menschen ohne jegliche Bindung an eine ideologische oder religiöse Richtung festzustellen war, sehen viele Menschen darin einen Verzweiflungsakt des Unterlegenen und Schwächeren gegen eine übermächtige Militärmaschine, oder, wie der israelische Historiker Moshe Zuckermann es ausdrückte: „Es ist der Aufschrei der Geknechteten und Erniedrigten und der Beleidigten, die zu nichts anderem fähig sind als zur Zerstörung des Landes Israel, auch wenn im Gegenzug Ramallah, Nablus oder Jenin in Schutt und Asche gelegt werden.“<sup>9</sup>

Wenn man sich einer politischen Lösung annähern will, ist es offensichtlich, dass solche Attentate – abgesehen von ihrer moralischen Verwerflichkeit – realpolitisch eher Nachteile für die Palästinenser bringen, weil sie Folgendes bewirken:

– Sie mobilisieren die israelische Öffentlichkeit gegen eine Friedensregelung auf der Basis „Land gegen Frieden“ und helfen der Propaganda der Friedensgegner, dass die Palästinenser weniger an einem Staat in den Grenzen von 1967 interessiert

6 S. Leibowitz (Anm. 1).

7 Vgl. Defence for Children International, 2002 Siege on Palestine. DCI/PS Updates on the Siege.

8 Vgl. Amnesty International, 2002. Israel and the occupied territories, the heavy price of Israeli incursions, AI-index: MDE 15/042/2002, MDE 15/058/2002.

9 Moshe Zuckermann, Nahost: Die Logik der Okkupation, in: IZ3W, (2002) 261.



sein als vielmehr an der Zerstörung des Staates Israel.

– Sie stärken die extremistischen Kräfte in Israel und treiben ihnen immer mehr Anhänger auf Kosten des Friedenslagers und der Befürworter der Beendigung der Besetzung zu.

– Solche Aktionen legitimieren vor der Weltöffentlichkeit die problematischen israelischen Militärschläge gegen die Palästinenser sowie gegen die in den letzten sieben Jahren aufgebaute zivile und politische Infrastruktur und Organisationen.

Es ist ein unverzeihlicher Fehler gewesen, dass die Fatah-Bewegung, die PNA und nicht zuletzt Yassir Arafat persönlich die Militarisierung der Intifada zuließen und sich somit zu Geiseln dieser mörderischen Strategie von „Hamas“ und „Islamischem Jihad“ gemacht haben. Die Taktik und Methoden der ersten Intifada zwischen 1987 und 1992, die weitgehend friedlicher Natur waren und sich auf Straßendemonstrationen, Maßnahmen zum Boykott israelischer Produkte und der Zivilverwaltung der Israelis sowie auf eine Zermürbung der israelischen Armee konzentrierten, konnten hingegen weltweit und nicht zuletzt in Israel selbst große Sympathien für das Anliegen der Palästinenser erzeugen.

### Der Alltag in Palästina

Es ist wohl nur für wenige vorstellbar, was es heißt, zehn Tage oder länger unter einer allumfassenden Ausgangssperre zu leben, eingesperrt mit den Kindern zu sein und oft mit den Eltern in einer nervenaufreibenden Enge, in einer zu kleinen Wohnung zu leben, oft ohne Strom- oder Wasserversorgung, während draußen ununterbrochen Panzer und Mannschaftswagen herumfahren und schießen. Es ist kaum vorstellbar, dass manchmal schon der Versuch eines Ganges nach draußen, um Luft zu schnappen, in einer menschlichen Tragödie enden kann, weil jeder Versuch, dieser Eingeschlossenheit zu entfliehen, von der israelischen Armee mit voller Härte oder manchmal sogar durch Scharfschützen beendet wird.<sup>10</sup> In diesem Zustand der gewaltsamen Gettoisierung leben Hunderttausende von Palästinensern seit vielen Wochen. Über 1800 Menschen haben ihr Leben verloren, über 40000 sind verletzt worden, und Tausende sitzen seit Monaten in den Gefängnissen, in den meisten Fällen ohne Anklage oder Gerichtsverhandlung.<sup>11</sup> Viele werden präventiv für

10 Vgl. Gideon Levy, Eine Million Menschen unter Ausgangssperre, in: Ha'aretz vom 30. 6. 2002.

11 Vgl. JMCC, Besieged go hungry and wounded deteriorate inside the presidential compound, Israeli military, tanks besiege Bethlehem's Church of Nativity vom 25. April 2002.

Monate in so genannte Administrativhaft genommen.<sup>12</sup> Ministerien, öffentliche Gebäude, auch von Hilfsorganisationen, Moscheen, Kirchen und nicht zuletzt Privathäuser werden beschossen oder zerstört. Auch Straßen, Bürgersteige, Kanalisationssysteme, private und öffentliche Radio- und Fernsehstationen werden im Krieg gegen „die Infrastruktur des Terrorismus“ nicht verschont.

Von einem normalen Leben in Palästina kann man schon lange nicht mehr sprechen. Das Normale ist das Ungewisse und das Irreguläre geworden. Die Schulen, Universitäten und Ämter haben allein in den letzten drei Monaten knapp 60 Unterrichts-, Vorlesungs- und Arbeitstage verloren. Das akademische bzw. Schuljahr ist nicht mehr nachholbar und als verloren anzusehen. Die Versorgung der Menschen mit ihren Grundbedürfnissen ist nur auf dem einfachsten Niveau möglich. Selbst internationale Hilfsorganisationen, Journalisten und Diplomaten beklagen die großen Schwierigkeiten, die es zu überwinden gilt, um Hilfe leisten oder frei berichten zu können.<sup>13</sup>

David Hally, Mitarbeiter von Amnesty International, der als unabhängiger Militärexperte eine AI-Delegation begleitete, schrieb in seinem Bericht: „The military operations we have investigated appear to be carried out not for military purposes, but instead to harass, humiliate, intimidate and harm the Palestinian population.“<sup>14</sup> Mustafa Barghouthi, bekannt als einer der führenden Persönlichkeiten der palästinensischen Zivilgesellschaft, beschrieb die letzte Invasion der israelischen Armee wie folgt: „The last invasion of Palestinian cities, towns and refugee camps is part of a systematic operation aiming at inflicting destruction of governmental and nongovernmental organizations to destroy the potential to establish an independent Palestinian State.“<sup>15</sup>

### Die wirtschaftliche Lage

Die Wirtschaft der palästinensischen Gebiete durchläuft ihre schwierigste Phase seit dem Sechstage-Krieg von 1967. Sie hat sich zu einer regelrechten Wirtschaftskrise bisher ungekannter Dimensionen hinsichtlich ihrer Länge, tief greifenden Wirkung und ihrer menschlichen Tragik entwickelt.

12 Vgl. Addameer Prisoner support and Human Rights Association, Thousands of Palestinians blindfolded, handcuffed and tortured (2002).

13 Vgl. Teacher Creativity Center/Ramallah, Israeli Occupation Forces Assault on the Palestinian Community, Mai 2002.

14 Ebd.

15 Ebd.



Es ist in den neunziger Jahren, trotz aller Misswirtschaft und Korruptionsskandale, Beachtliches hinsichtlich des Lebensniveaus und wirtschaftlichen Aufschwungs erreicht worden. Straßen und öffentliche Gebäude wurden gebaut, Schulen und Kindergärten eröffnet; ebenso gründeten sich private Banken, und Dutzende von Nichtregierungsorganisationen sind entstanden. Viele Dörfer wurden zum ersten Mal an die Elektrizität- und Wasserversorgung angeschlossen. Bildungseinrichtungen und Gesundheitszentren gründeten sich neu. Internet-Cafés sind mit privatem Kapital selbst in entlegenen Dörfern eröffnet worden. Die palästinensischen Gebiete schienen nach 30-jähriger Vernachlässigung Anschluss an die Moderne zu finden. Mit dem Beginn des provozierten Aufstandes der Palästinenser im September 2000 fand diese Entwicklung ein plötzliches Ende.

Folgende signifikante Folgen für die palästinensische Wirtschaft sind festzuhalten:

- Die Infrastruktur der palästinensischen Wirtschaft wie Flughafen, Hafen, Straßen, Strom- und Wasserwerke ist systematisch und zielgerichtet zerstört worden.

- Die Handelsströme zwischen den palästinensischen Gebieten und den internationalen Handelspartnern sind entweder durch Sperrung der Außengrenzen oder Verbot von Export und Import über die israelischen Häfen und Flughäfen völlig zusammengebrochen. Selbst der Handel mit Israel ist in den letzten 18 Monaten deutlich zurückgegangen. Die Importe der Palästinenser aus Israel, die 86 Prozent der Einfuhren der Wirtschaft ausmachten, ihre Exporte nach Israel hatten einen Anteil von 64 Prozent an den gesamt Ausfuhren betragen, beschränken sich inzwischen fast ausschließlich auf lebensnotwendige Güter.

- Der Anstieg der Arbeitslosigkeit vor der totalen Besetzung der Westbank im März diesen Jahres unter der palästinensischen Bevölkerung beläuft sich auf ca. 53 Prozent. Von 651 000 Arbeitskräften sind 350 000 ohne Beschäftigung. In den letzten Monaten ist die Quote für die Westbank auf 78 Prozent angestiegen. Durch den Wegfall von 143 000 Arbeitsplätzen von Palästinensern, die bis zum Ausbruch der „Intifada“ eine Beschäftigung in Israel fanden und durchschnittlich 118 Shekel (1 Shekel = 0,25 Euro) täglich verdienten, verlor die palästinensische Wirtschaft ca. 850 Mio. US-Dollar an Einnahmen im Jahre 2001.

- Der Lebensstandard der Bevölkerung ist auf ein bisher ungekanntes Niveau zurückgegangen. Inzwischen leben 64 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, die bei 360 Euro pro Jahr liegt. Zum Vergleich: Die Armutsgrenze in Israel

liegt bei 1 100 Euro. Auch das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen ist in der Westbank von 2 200 Euro auf 1 000 Euro gesunken. Im Gaza-Streifen sieht die Lage noch wesentlich dramatischer aus. Dort ist das jährliche Pro-Kopf-Einkommen von 1 700 Euro auf 800 gesunken. In Israel liegt das Jahreseinkommen pro Einwohner bei ca. 17 000 Euro.

- Die heimische Industrie arbeitet aus vielen Gründen – Straßensperren, fehlende Ersatzteile oder Grund- und Rohmaterialien sowie nicht zuletzt aufgrund der Schwierigkeiten, sowohl die Binnen- wie die Auslandsmärkte zu erreichen – nur noch mit 30 Prozent ihrer bisherigen Kapazität.

- Die PNA sieht sich zunehmend außerstande, die monatlichen Gehälter ihrer 132 000 „Staatsbediensteten“ regelmäßig zu bezahlen. Einige Beamte und Angestellte haben seit Monaten entweder keine Gehälter erhalten oder sie bekommen sie in zwei- bis dreiwöchentlichen Raten. Die PNA benötigt monatlich ca. 90 Mio. US-Dollar, um ihre Gehälter zahlen zu können.

- Die internationalen finanziellen Aufbau- und Förderungsmittel für den öffentlichen und zivilen Sektor – speziell die der EU – sind um knapp 50 Prozent zurückgefahren worden, insbesondere weil viele Projekte in dem herrschenden Kriegszustand aus praktischen und technischen Gründen nicht ausgeführt werden können. Ein weiterer Grund ist in der Stagnation des Friedensprozesses zu suchen. Die EU ist neben den arabischen Staaten immer noch der Hauptfinanzier der PNA. Auf den letzten Gipfelkonferenzen der arabischen Liga in den Jahren 2000/2001 haben sich die Mitglieder verpflichtet, die PNA mit zwei Milliarden US-Dollar zu unterstützen. Inzwischen fließen nur ca. 50 Mio. US-Dollar monatlich ab, um nur das Minimum an laufenden Kosten zu decken. Aber trotz all dieser Zuwendungen sah sich die PNA in den letzten Monaten gezwungen, Bankkredite aufzunehmen und ihre Beteiligungen an Firmen und Unternehmen zu verkaufen, um ihren Verpflichtungen gerecht werden zu können und um die Haushaltslöcher zu stopfen.

- Das öffentliche Leben ist in weiten Teilen des Landes zum Erliegen gekommen. Die Verbindungsstraßen zwischen den verschiedenen Landesteilen sind über Monate hinweg von den israelischen Besatzungstruppen blockiert. Viele Mitarbeiter von Ministerien und staatlichen Behörden können ihre Arbeitsplätze nicht erreichen.

- Der Tourismussektor, der als die Haupteinnahmequelle der palästinensischen Wirtschaft gilt,

ist völlig zum Erliegen gekommen. Hunderte von diesem Sektor abhängige Dienstleistungsbetriebe sind zusammengebrochen. Tausende von Menschen, hauptsächlich in den Regionen von Jerusalem, Bethlehem und Jericho, sind arbeitslos geworden.

Die Gesamtverluste der palästinensischen Wirtschaft belaufen sich auf ca. sechs bis sieben Milliarden US-Dollar. Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag, und die humanitäre Situation von immer breiteren Bevölkerungsteilen wird ständig kritischer. Von einer normal funktionierenden Wirtschaft kann also nicht mehr gesprochen werden. Die Wirtschaft befindet sich in einem Prozess des Verfalls mit all den damit verbundenen Risiken der Verarmung von weiten Teilen der Bevölkerung und der damit einhergehenden Radikalisierung der Menschen, insbesondere der Jugendlichen.

### **Reformen zwischen interner Notwendigkeit und externen Forderungen**

Der Ruf nach politischen, wirtschaftlichen, administrativen und juristischen Reformen ist in den letzten Jahren immer lauter geworden. Sie sind auch ein palästinensisches Bedürfnis. Darin waren sich alle politischen Gruppierungen einschließlich maßgeblicher Strömungen innerhalb der Fatah-Bewegung von Jassir Arafat einig.<sup>16</sup> Die Unzufriedenheit mit den Leistungen der PNA erreichte ihren Höhepunkt kurz vor der Zerstörung und Belagerung des Hauptquartiers der PNA in Ramallah. Die Bekämpfung der Korruption des Autonomieapparats, finanzielle Verantwortlichkeit und Transparenz auf allen Ebenen, Rechtsstaatlichkeit und regelmäßige Wahlen waren die Kernforderungen der meisten Menschen und Organisationen. Der palästinensische Legislativrat hat zusammen mit Nichtregierungsorganisationen sowie einer Koalition aus Bürgerinitiativen und politischen Organisationen durch Petitionen, Untersuchungsberichte und Demonstrationen die Frage der Reformen zu einem gesamtgesellschaftlichen Thema gemacht.

Nach langem Zaudern gab Arafat unter massivem Druck der Bevölkerung, der Volksvertreter, den Amerikanern und Europäern nach. Er unterzeichnete das Grundgesetz, das Dekret zur Abhaltung von Wahlen für die Präsidentschaft und den Legislativrat sowie das Gesetz zur Unabhängigkeit der Justiz. Außerdem folgte Arafat den Empfehlungen des parlamentarischen Wahlausschusses und legte die Wahlen für die Kommunalverwaltungen für März 2003 fest. Diese drei Grundpfeiler jeder

demokratischen Grundordnung sind Teil eines umfassenden Generalumbaus, mit dem eine neue Phase des Staatsaufbaus begonnen hat. Sie dient nicht zuletzt der Demonstration von Handlungsfähigkeit der PNA und ihres Präsidenten. Zugleich könnte dieser Schritt den Delegitimierungsversuchen seiner Amtskompetenz entgegenwirken.<sup>17</sup> Der Grundgesetzentwurf war seit 1994 Gegenstand von Diskussionen und Verbesserungsvorschlägen in allen Schichten der palästinensischen Gesellschaft. Viele mit Demokratiefragen befassten Nichtregierungsorganisationen haben Hunderte von Veranstaltungen, Seminaren und Workshops abgehalten, um an der Ausarbeitung eines Grundgesetzes mitzuwirken, dessen demokratischer Gehalt sich vom regionalen Durchschnitt eindeutig abhebt.<sup>18</sup>

Das palästinensische System, als es noch existierte, wies deutliche Merkmale eines korrupten Systems auf, das die Mehrheit der Palästinenser ablehnten und verurteilten, lange bevor George W. Bush und Ariel Sharon ihre Vorliebe für das „Wohlergehen“ der Palästinenser entdeckten. Es wird das Bild dieses Systems nicht in einem besseren Licht erscheinen lassen, wenn man feststellt, dass unzählige andere Staaten korrupter sind, ohne dass daran von den USA Anstoß genommen wird.

Die lang erwartete Nahostrede von US-Präsident Bush verwirrte alle betroffenen Parteien bis auf die Extremisten in Palästina und das rechte Lager in Israel. Selbst die Verbündeten der USA wollten auf ihrem G-8-Treffen in Kanada die Forderungen Bushs nach einer Entmachtung Arafats nicht teilen. In Palästina kursiert zur Zeit ein Witz, der die völlige Übernahme der israelischen Sichtweise durch US-Präsident Bush zum Inhalt hat. „Wisst ihr, warum die Rede Bushs mehrmals verschoben werden musste? Ja, weil man in Washington eben lange brauchte, um sie vom Hebräischen ins Englische zu übersetzen.“ Diese Rede war unrealistisch, obwohl sie einige elementare Prinzipien einer zukünftigen Lösung, wie die Beendigung der Besetzung, die Einstellung der Besiedlungspolitik und die Gründung eines Staates Palästina, enthielt. Ihr fehlte ein Umsetzungsmechanismus und eine Zeitdimension.<sup>19</sup> Der israelische Oppositionspolitiker Jossi Sarid charakterisierte die Rede wie folgt: „Sie entspricht mehr einer amerikanischen Vision und weniger den nahöstlichen Realitäten. Sie ist

17 Vgl. Victor Kocher, Unterzeichnung eines Grundgesetzes für Palästina, in: Neue Zürcher Zeitung vom 2. Juni 2002.

18 Vgl. ders., in: Neue Zürcher Zeitung vom 30. Mai 2002.

19 Vgl. Ghassan Khatib, A Palestinian View. Putting conditions on a stalled peace, in: (www.bitterlemons.org) vom 1. Juli 2002.

16 Vgl. George Giacaman, A Palestinian View: President Bush's Speech: A Failure of Leadership, in: (www.bitterlemons.org) vom Juni 2002.

unrealistisch, weil sie gerade Ramallah zur Zwillingsschwester von Westminster erhebt.<sup>20</sup>

Das Problematischste an Bushs Rede ist, dass er die Schuld an dieser Krise allein den Palästinensern zuschiebt. Dass er die Gewalt der Palästinenser als den Grund des Konflikts ansieht und die 35-jährige israelische Besetzung völlig ignoriert. Äußerst bedenklich in diesem Zusammenhang ist, dass er den palästinensisch-israelischen Konflikt innerhalb seines Anti-Terror-Krieges sieht und das Moment der Emanzipation und Befreiung für die Palästinenser unberücksichtigt lässt. Bush legitimiert die brutale Politik Sharons und ermuntert ihn, damit fortzufahren, indem er keine praktischen Schritte von ihm verlangt, die zu einer Deeskalation der Situation führen, bevor die eingeschlossenen und weitgehend handlungsunfähig gemachten Palästinenser und Arafat seine Wunschliste erfüllt haben.

Es ist höchst fragwürdig, wenn Bush autoritäre und undemokratische Staaten wie Saudi-Arabien, Ägypten oder Jordanien mit dem Demokratisierungsprozess in Palästina beauftragen möchte. Dieser Ansatz kann mit Sicherheit den Erfolg der Reformen nicht gewährleisten. Die Zeit ist gekommen und die Bereitschaft der Palästinenser ist vorhanden, um den Prozess der Veränderung voranzutreiben. Die politischen Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft sind bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Es bedarf allerdings der tatkräftigen politischen, moralischen und nicht zuletzt der technischen Unterstützung der Weltgemeinschaft, insbesondere Europas, um die existierende Chance nicht zu verpassen.

### **Die palästinensische Zivilgesellschaft und ihre „Friedensvorstellungen“**

Es ist prinzipiell problematisch, aus den Statuten von Nichtregierungsorganisationen (NGO), die sich a priori als professionelle und nicht politische Organisationen definieren, eine politische Position zu potenziellen Lösungsansätzen des Konfliktes abzuleiten. Die überwiegende Mehrheit der NGO sind in fünf großen Dachverbänden zusammengeschlossen. Drei davon vertreten mehrheitlich die im Gaza-Streifen befindlichen Organisationen. Die meisten von ihnen sind nach der Rückkehr der PLO aus dem Exil entstanden. Sie vertreten etwa 120 Organisationen. Ihre Hauptbetätigungsfelder sind der Friedensdienst, Dialogprojekte und Jugendaustausch mit Israelis und mit dem Ausland sowie Regionalprojekte im Tourismus- und

Umweltbereich. Sie sind auf Betreiben der PNA entstanden und gelten als die „offiziellen“ Nichtregierungsorganisationen wegen ihrer politischen Nähe zur PNA. Ihre Gründung sollte den Einfluss der PNA auf die internen Entwicklungen der NGO ermöglichen und ihre gesellschaftlichen Außenwirkungen in gewisser Form steuern. Aber auch die Teilhabe an den Zuwendungen dieser Organisationen stand im Mittelpunkt dieser Strategie. Allerdings blieb der Wirkungsgrad dieser Verbände, die seit fünf Jahren existieren, trotz der offiziellen Bevorzugung begrenzt.

Der größte und traditionsreichste Dachverband des Landes ist der Wohltätigkeitsverband. Er entstand noch unter jordanischer Herrschaft in den sechziger Jahren und umfasst knapp 450 Organisationen. Die überwiegend in der Frauen-, Kinder- und Jugendarbeit tätigen Organisationen gelten als Friedensbefürworter und unterstützen die offizielle Politik der PNA.

PNGO (Palestinian Non-Governmental Organizations Network) ist der Verband der so genannten modernen und professionellen Organisationen; er umfasst etwa 80 Mitglieder. Er gilt als der schlagkräftigste und kreativste Verband. Dieses Netzwerk hat Mitglieder aus allen politischen Lagern und Sektoren des zivilen Lebens mit Ausnahme der Islamisten. Seine zum Teil kritische Begleitung der Leistungen der Autonomiebehörde machte ihn über die Grenzen Palästinas zum unabdingbaren Gesprächspartner vieler politischer und professioneller Besucher des Landes. Grundsätzlich gehen die meisten Mitglieder des Verbandes mit den Friedens- und Lösungsansätzen der PNA konform, trotz ihrer Bedenken bezüglich der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik der Regierung Arafat. Die Mitglieder des Verbands haben vielfältige Arbeitsbeziehungen mit behördlichen Stellen einschließlich des Legislativrats, insbesondere im Gesetzgebungsbereich.

Die Anfänge der Entstehung einer von der Staatsmacht unabhängigen modernen Zivilgesellschaft sind auf die britische Mandatszeit der zwanziger Jahre in Palästina zurückzuführen. In der Zeit der osmanischen Herrschaft beschränkten sich die zivilen Organisationen auf einige Wohltätigkeits- und familiäre Verbände. Die ersten Organisationen waren Gewerkschaften, Frauenverbände und politische Parteien in den Städten Jaffa, Haifa und Jerusalem. Die Arbeit dieser Organisationen hatte seit Beginn des Jahrhunderts auch eine nationalpolitische Dimension, die u. a. die Auseinandersetzung zwischen Palästinensern und einwandernden Juden um die Zukunft Palästinas beinhaltete.

Die Rolle der zivilen Organisationen in der Herausbildung einer originären palästinensischen

20 Jossi Sarid, Vorsitzende der oppositionellen Meretz Partei, Offener Brief an den Amerikanischen Präsidenten, in: (www.ynet.co.il) vom 27. Juni 2002.

Zivilgesellschaft könnte in folgende Phasen aufgeteilt werden:<sup>21</sup>

– 1917 bis 1948 konzentrierten sich die zivilen Organisationen auf die Organisierung der Aktionen und Forderungen nach staatlicher Unabhängigkeit, auf die Sicherstellung der Rechte der Arbeiter und die Emanzipierung der Frauen. Die Abwehr der bedrohlich gewordenen jüdischen Einwanderung und die Hilfeleistung für die land- bzw. wohnungslose palästinensische Bevölkerung stand im Vordergrund.

– 1948 bis 1967 durchliefen die noch existierenden Organisationen nach Verlust der Heimat und der Auflösung der traditionellen sozialen Strukturen der Gesellschaft eine Phase der Hoffnungslosigkeit, der Umorientierung und des Wiederaufbaus. Am Ende dieser Phase stand die Unterstützung für Hunderttausende von Flüchtlingen im Mittelpunkt der Aktivitäten.

– 1967 bis 1982 wird als Periode der so genannten „Unmöglichen Entwicklung im Schatten der Besatzung“ bezeichnet. Obwohl diese Phase eine wichtige Etappe in der Wiedererstarkung der zivilen Organisationen darstellt, insbesondere durch die Zunahme der Rolle der PLO als gesamtpalästinensische Vertretung, konzentrierten sich die Anstrengungen auf den Widerstand gegen die Besatzung. Die entstandenen Massenorganisationen wie Berufsverbände, Studentenvereine und Freiwilligenverbände blieben in ihren Aktivitäten auf das Exil fokussiert ohne signifikanten Einfluss auf die besetzten Gebiete. Man ging von der Annahme aus, dass jegliche Entwicklungsanstrengung durch die Besatzungspraktiken ohnehin durchkreuzt würde.

– 1982 bis 1988 entstanden die meisten z. Z. noch existierenden Organisationen und Komitees. Das Zentrum der zivilen Arbeit verlagerte sich vom Exil ins Kernland Palästina. Sie übernahmen quasi staatliche Aufgaben in fast allen Lebensbereichen von Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft, Entwicklung bis hin zu Kultur und Information. Viele Organisationen waren zwar verlängerte Arme der PLO-Gruppen, dennoch konnten sie eine alternative Entwicklungsstrategie herausbilden, die sich wesentlich von den traditionellen Formen unterschied. Sie etablierten demokratische Organisationsstrukturen, die bürgernah waren und eine große Anzahl von Mitgliedern aufwiesen. Sie lösten sich von ihrem elitären Selbstverständnis und haben ihre gesellschaftlichen Aufgaben vom Primat der Politik befreien können, wodurch sie mehr an Ansehen und Professionalität gewannen.

– 1988 bis 1992 war während der ersten Intifada das vorherrschende Ziel der Arbeit der zivilen Organisationen die Gewährleistung der Standhaftigkeit der Bevölkerung. Darüber hinaus war man bemüht, eine internationale Öffentlichkeit für die Belange der Palästinenser herzustellen. Deswegen entstanden viele Forschungs- und Medieneinrichtungen, Umwelt-, Trainings- und Kreditinstitutionen. Man war von der Hoffnung auf die baldige Ausrufung eines Staates beflügelt.

– Die Phase nach den Osloer Verträgen brachte die tatsächliche Wende in der Arbeit der zivilen Gesellschaft. Sie wurden inzwischen zu Konkurrenten der neu entstandenen Autonomiestrukturen. Ein Kampf um die ausländischen Fördermittel setzte ein. Die PNA begann, die Arbeit einiger Organisationen beschränken und kontrollieren zu wollen. Während die PNA die Arbeit einiger Organisationen allmählich tolerierte, weil sie zur Übernahme ihrer Aufgaben nicht imstande war, versuchte sie andere wie Demokratie-, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen zu behindern und zu drängsalieren. Nichtsdestoweniger haben insbesondere NGO-Netzwerke enormen gesellschaftlichen Druck zugunsten von inneren Reformen und Demokratisierung erzeugt. Selbst die Volksvertreter machten sich das NGO-Know-how zu Eigen, um bestimmte Gesetzesvorhaben mit dem notwendigen Fachwissen auszustatten.

In der palästinensischen Realität – wie in anderen Staaten auch – kann man hinsichtlich der Zielsetzung von Nichtregierungsorganisationen zwei Hauptmerkmale unterscheiden.<sup>22</sup>

Zur *ersten* Kategorie gehören die politischen Parteien mit ausschließlich politischen Zielen, die zur Machtergreifung im Staat führen können. Sie haben einen festen Mitgliederstamm und sind mehrheitlich abgewandelte Kampforganisationen aus alten PLO-Zeiten. Ihre Struktur weist erhebliche Demokratiedefizite auf, und sie sind mit demokratischen Parteien im westlichen Verständnis nicht vergleichbar, trotz ernsthafter Bemühungen einiger, westliche Standards zu erreichen. In den palästinensischen Gebieten und im syrischen Exil existieren 15 solcher Parteien und Gruppen.

Zur *zweiten* Gruppe zählen alle die anderen NGO, die keine direkten politischen Ziele verfolgen und deren Aufgaben in der Entwicklung und Förderung aller gesellschaftlichen Schichten in vielen Lebensbereichen liegen. Ihre Mitgliedschaft folgt weniger festen Strukturen und basiert auf freiwilliger Arbeit und spezifischen Fachkenntnissen.

21 Vgl. zur Geschichte im Folgenden: Bisan Center for Development and Research Ramallah, Juli 2001 (arabisch).

22 Vgl. Mustafa Barghouti, Organisationen der Zivilgesellschaft und ihre Rolle in der Zukunft (arabisch), Ramallah 1995.



Davon gibt es in Palästina etwa 800 Organisationen von unterschiedlicher Größe und unterschiedlichem Wirkungsgrad. Einige sind landesweit tätig, wohingegen andere lokalen Charakter haben.

Eine Klassifikation der palästinensischen NGO-Szene ergibt folgendes Bild:

*Karitative Gesellschaften und Genossenschaften:* Sie sind die ältesten Formen der Selbstorganisation in Palästina. Dazu zählen sowohl die moslemischen als auch die christlichen Organisationen.

*Massenorganisationen:* Dazu zählen Gewerkschaften, Frauenverbände, Flüchtlingslagerkomitees, Jugendklubs und die Bewegung der Freiwilligen. Ihre Defizite lagen in ihrer Politisierung, die zu Lasten der Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder ging. Diese wie einige der nachfolgenden Organisationen dienten u. a. der Rekrutierung von Mitgliedern für ihnen nahe stehende Parteien. Man kann sie aber als die Basisschulen der später gegründeten Institutionen der Zivilgesellschaft klassifizieren.

*Die professionellen Entwicklungshilfeorganisationen* sind im Gesundheitswesen und in der Landwirtschaft angesiedelt. Ihre Organisationsformen sind den Konzepten der ehemaligen kommunistischen Parteien entliehen und wirkten hauptsächlich in den Flüchtlingslagern und den ländlichen Gebieten.

*Zentren für Forschung, Information und Kommunikation, Demokratie, Umwelt und Menschenrechte:* Diese haben eine beschränkte Massenbasis, dafür aber eine wichtige Funktion in der Volksbildung und Mobilisierung. Sie sind in den letzten Jahren zu den Hauptempfängern der Finanzmittel aus den Geberländern geworden. Ihre kritische Haltung gegenüber der PNA führte zunehmend zu Spannungen zwischen beiden Seiten.

*Institutionen zum Schutz der Rechte spezifischer Gruppen und Minderheiten:* Sie sind die jüngste Form der Vertretung von Interessengruppen wie z. B. von körperlich Behinderten, Gefangenen und Internierten. Bürger- und Dorfinitiativen werden zunehmend zu einer allgemeinen Erscheinung in der Gesellschaft.

Die politischen Parteien wie die Organisationen der Zivilgesellschaft lassen sich generell in Befürworter und Gegner des Friedensprozesses einteilen. Einige sind aufgrund ihrer religiös-ideologischen Positionen grundsätzlich dagegen, wie die islamische Hamas-Bewegung, die Al-Jihad Al-Islami und andere kleinere Abspaltungen der islamischen Bewegung. Sie erziehen ihre Anhänger im selben Sinne bis hin zu der Organisation des bewaffneten Widerstandes. Sie verfolgen das Ziel

eines islamischen Palästina zwischen Jordan und Mittelmeer. Die Gesellschaft muss nach der islamischen Gesetzlichkeit gestaltet werden, in der allerdings Juden und Christen unbehelligt leben können. Es liegt aber durchaus im realistischen Bereich, dass diese Organisationen ihre Standpunkte ändern würden, wenn Israel die besetzten Gebiete räumen würde. Weil dies das Ziel jedes palästinensischen Nationalisten ist und der Nationalismus dieser Islamisten ausgeprägter ist als ihr religiöser Eifer, ist die Einnahme einer pragmatischen Haltung durchaus vorstellbar.

Die anderen Parteien, die dem Ablehnungslager zuzurechnen und hauptsächlich in Syrien beheimatet sind – mit Ablegern in Palästina –, sind entweder säkular-nationalistisch oder sozialistisch orientiert. Sie akzeptieren eine Koexistenz mit Israel nur auf der Basis des totalen Rückzugs aus den 1967 besetzten Gebieten ohne Einschränkung irgendwelcher Souveränitätsrechte einer palästinensischen Staatlichkeit, wie von Israel gefordert wird. Für sie muss es eine Gesamtlösung für alle umstrittenen Fragen zwischen Israel und der arabischen Seite geben. Außerdem halten sie die Fortsetzung des bewaffneten Kampfs für ein legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer nationalen Ziele.

Die ihnen nahe stehenden NGO, die in Palästina arbeiten, haben eine pragmatischere Haltung als ihre Mitglieder im Exil. Insbesondere die NGO aus diesem Lager haben sich der Gesetzlichkeit der von ihnen abgelehnten PNA völlig untergeordnet und leisten einen wichtigen Aufbaueinsatz. Die Mitarbeiter dieser NGO könnten die Keimzellen der Annäherung der politischen Positionen dieser Gruppen an die der Fatah-Bewegung und der PNA sein. Dies ist umso wichtiger, weil sie an der Basis der Gesellschaft wirken und somit die Volksmeinung beeinflussen können. Da ihre politischen Auffassungen mit denen aus dem Osloer Lager – ein Staat Palästina neben Israel in den Grenzen von 1967 – nicht weit auseinander liegen, könnten sie als Verbündete eine realistische Konkurrenz zu den Islamisten an der Basis darstellen. Ihre Forderungen nach Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Menschenrechten, verbunden mit einer Kritik an den Missständen in der PNA, teilen sie mit allen NGO und Parteien einschließlich der islamischen Organisationen. Die Nichtregierungsorganisationen, die dem Osloer Block (Fatah, Fida und Volkspartei) nahe stehen, unterstützen eine friedliche Regelung des Konflikts auf der Basis von zwei Staaten. Die Akzeptanz eines Staates Palästina auf nur 22 Prozent der ursprünglichen Heimat (Westbank und Gaza-Streifen) ist die Mindestforderung.



## Michael Wolffsohn

### Endlos nach der „Endlösung“: Deutsche und Juden

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35–36/2002, S. 3–8

■ Seit mehr als 50 Jahren argumentieren Deutsche und Juden oftmals auf der kollektiven Ebene aneinander vorbei, weil sie notwendigerweise gegensätzliche Konsequenzen aus ihren zeitgeschichtlichen Erfahrungen gezogen haben. Sie sprechen von „Verständnis“ und verstehen einander immer weniger – weil sie vor allem die eigene, doch nicht die andere Seite sehen. Deutsche, auch andere Europäer und Juden sind in die Falle der Geschichte, der ausschließlichen Holocaust-Fixierung, getappt.

## Avi Primor

### Keine Lösung durch Gewalt

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35–36/2002, S. 9–15

■ Die umfassendsten israelischen Angebote für den damals in greifbarer Nähe erscheinenden Palästinenserstaat wurden vor fast zwei Jahren von den Palästinensern nicht nur mit Ablehnung, sondern mit Gewalt beantwortet. Serien von Attentaten in israelischen Städten vermitteln den Israelis das Gefühl, dass es den Palästinensern nicht um einen Staat in den palästinensischen Gebieten geht, sondern um das Gebiet des Staates Israel. Arafat baute auf den Terror als ein Instrument, das eine internationale Einmischung oder den unilateralen Rückzug Israels aus den Gebieten herbeiführen soll. Pläne der gemäßigten israelischen Parteien und Politiker werden zugunsten des Krieges gegen den Terror zurückgestellt, doch nur ein Ende der Besetzung und eine drastische Verbesserung der Lebensqualität in Westjordanien und Gaza können Ruhe und Sicherheit bringen. Wie in der Vergangenheit könnte nur die öffentliche Meinung in Israel die Politiker zwingen, wieder den Verhandlungsweg einzuschlagen, doch dazu muss die Öffentlichkeit von dem Friedenswillen der palästinensischen Nachbarn oder der arabischen Welt überzeugt sein.

## Abdallah Frangi

### Der Osloer Friedensprozess als ein Weg zum Frieden?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35–36/2002, S. 16–24

■ Die Palästinenser hatten große Hoffnungen und Erwartungen in den am 13. September 1993 begonnenen Friedensprozess gesetzt. Der Beitrag beschreibt die einzelnen Etappen des Prozesses, die deutlich machen, dass Israel nicht von seinem Ziel der weiteren Inbesitznahme palästinensischen Landes ablässt. Mit dem Scheitern der Camp-David-Verhandlungen vom Juli 2000 wurde der Mythos vom

„großzügigen Angebot“ Israels geboren. Ein solches hat es nie gegeben. Weitreichendere Konzessionen wurden dagegen im ägyptischen Badeort Taba im Januar 2001 erzielt. Mit Ariel Sharon gibt es keine Perspektive auf Frieden. Auch die jüngste Nahostrede des US-Präsidenten George W. Bush hat keinerlei Perspektiven für die Palästinenser eröffnet. Einen Ausweg aus der Sackgasse kann es nur durch die Umsetzung der verschiedenen UN-Resolutionen und die Achtung des Völkerrechtes geben.

## Moshe Zuckermann

### Eine Mauer wird errichtet

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35–36/2002, S. 25–29

■ Die israelische Regierung versucht alles, um für das Land und seine Menschen Sicherheit vor Anschlägen palästinensischer Extremisten zu erlangen. Zu diesem Zweck lässt sie nunmehr eine Mauer errichten. Dass dieses Bauwerk nur eine Scheinsicherheit vermitteln wird, dürfte auch der Regierung klar sein. Man rettet sich also mit dem „Sicherheitsproblem“ durch die Ideologisierung der militärischen Herausforderung über die inneren Konflikte hinweg. Diese im klassischen Zionismus bereits angelegten Widersprüche und Aporien haben sich zu sozialen und kulturellen Krisen entwickelt. Nur ein dauerhafter Friede mit den Palästinensern kann diese Konflikte langfristig lösen. Die Frage ist nur, wie viele Stationen der Gewalt dabei noch durchschritten werden müssen. Vielleicht bedarf es eines noch großzügigeren Angebots als des von Ehud Barak unterbreiteten, da es die Palästinensern für nicht großzügig genug erachtet hatten.

## Suleiman Abu Dayyeh

### Das besetzte Palästina zwischen Macht und Gerechtigkeit

*Der Beitrag der Zivilgesellschaft in Palästina zur Lösung des Nahostkonflikts*

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35–36/2002, S. 30–38

■ In Palästina vollzieht sich zur Zeit täglich eine menschliche Tragödie unter den Augen des sonst auf die Einhaltung von Menschenrechten pochenden Westens. Die brutalen Besatzungspraktiken der israelischen Armee haben Hunderte von verzweifelt jungen Menschen zur Folge, die bereit sind, sich in die Luft zu sprengen, um dadurch ihre Peiniger zu „bestrafen“. Die Besetzung, die Entwürdigung und die Entrechtung der Palästinenser durch Israel ist die Ursache der Gewalt und der Grund für den fehlenden Frieden, den beide Völker bitter nötig haben. Die trotz der Unterdrückung entstehende palästinensische Zivilgesellschaft kann als Motor und Garant von Veränderungen sowohl der Gesellschaft als auch des politischen Systems gelten.